

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

RUSSLANDS MACHT IN KIRGISTAN KASACHSTAN IM ÜBERGANGSMODUS

■ ANALYSE

- Russlands Macht in Kirgistan: Mythos und Verführung 2
Von Stefanie Ortmann, Sussex

■ IM GESPRÄCH

- Kasachstan im Übergangsmodus – Ein Gespräch 6
Mit Beate Eschment (Berlin) und Sebastian Schiek (Berlin)

■ CHRONIK

16. Februar – 19. April 2019 9
Kasachstan 9
Kirgistan 11
Tadschikistan 14
Turkmenistan 18
Usbekistan 19

Russlands Macht in Kirgistan: Mythos und Verführung

Von Stefanie Ortmann, Sussex

Zusammenfassung

Der russische Einfluss in Kirgistan wird viel zu oft durch die Linse traditioneller geopolitischer Konzepte analysiert. Dies führt dazu, dass die Erfahrungen der kirgisischen Bevölkerung und die Eigenschaften kirgisischer Staatlichkeit ignoriert werden und damit ein wichtiger Teil des russischen Einflusses übersehen wird. Die Autorin zeigt in ihrer Analyse, wie gefühlte Nähe in Verbindung mit einem gemeinsamen Staatsmythos russische Macht in Kirgistan aufrechterhält, und diskutiert Reichweite und Grenzen russischer »verführerischer Macht«.

Wie sollen wir den russischen Einfluss in Kirgistan verstehen? Auf der einen Seite wird heute oft gesagt, dass Kirgistan ein russischer »Klientelstaat« sei, was den Eindruck vermittelt, dass dieses kleine und rohstoffarme zentralasiatische Land gänzlich von Russland abhängig sei. Auf der anderen Seite wird genauso häufig behauptet, dass der russische Einfluss in der Region im Niedergang begriffen sei und durch China ersetzt werde oder bereits wurde. Beide Schilderungen reproduzieren das vertraute Erklärungsmuster eines geopolitischen »Great Game«, in dem Großmächte um Kontrolle über kleinere Staaten ringen, die selbst wenig Einfluss auf ihr Schicksal haben. In neueren Versionen dieses Modells, in denen kleine Staaten mächtigere Staaten gegeneinander ausspielen, werden den zentralasiatischen Staaten größere Einflussmöglichkeiten zugestanden – aber das ändert nichts an der zugrundeliegenden Vorstellung, dass Großmächte die Region beherrschen.

Dieses geopolitische Erklärungsmuster produziert jedoch eine verzerrte Darstellung russischer Macht in Kirgistan, sowohl was ihre Grenzen als auch ihre Beständigkeit angeht. Um dies zu verstehen ist es notwendig, das herkömmliche Verständnis von Staat und Staatsmacht zu überdenken. In Analysen der internationalen Beziehungen Zentralasiens wird normalerweise von Staaten oder Staatseliten als Hauptakteuren ausgegangen, und Macht wird linear gedacht, ausgeübt von einem Staat über einen anderen, schwächeren Staat. Diese Art der Analyse lässt viele Aspekte zentralasiatischer Staatlichkeit aus und vermittelt daher nur ein eingeschränktes Verständnis russischen Einflusses in Kirgistan. Um die konkreten Formen dieses Einflusses zu verstehen, ist es besser, Staat und Macht begrifflich neu zu fassen, wie es nicht zuletzt in der politischen Anthropologie und Geographie in den letzten Jahren geschehen ist. Der Staat wird nicht als fixer Akteur oder Institution verstanden, sondern als Effekt von Handlungen, unter anderem auch symbolischen Handlungen. Dies ist besonders nutzbringend in einer Region, in der formale staatliche Institutionen oft schwach sind und sich politische Macht in informellen Netzwerken konzentriert, aber gleichzeitig

Vorstellungen eines starken Staats und starker Führungspersönlichkeiten den öffentlichen Diskurs dominieren. Seit dem Ende der Sowjetunion werden postsowjetische Staaten in einem anhaltenden, komplexen Zusammenspiel von Staatszerfall und Staatsaufbau gebildet. Wie in diesem Artikel gezeigt wird, führen diese Prozesse zu einer Form von russischem Einfluss, die man »verführerische Macht« nennen kann. »Verführerische« Macht besteht durch alte und neue Verflechtungen zwischen Russland und Kirgistan fort – nicht nur zwischen Eliten, sondern auch in der Bevölkerung. Teil dieser Verflechtungen ist ein gemeinsamer »Staatsmythos«, ein gemeinsames Verständnis dessen, was staatliche Macht bedeutet. Dieser post-sowjetische Staatsmythos sichert die Legitimität staatlicher Eliten in Kirgistan und verleiht russischem Einfluss einen besonderen Stellenwert.

Verführerische Macht

Das Konzept der »verführerischen Macht« beruht vor allem auch auf der Erzeugung politischer Einstellungen und Subjektivität. Verführerische Macht ist eine Form von Macht, die auch über weite Entfernungen wirkt, mit einer suggestiven Wirkung, die auf bereits vorhandenen Ansichten und Werten beruht und genauso gut auch zurückgewiesen oder ignoriert werden könnte. Dies gibt ihr große Reichweite, aber geringe Intensität. In der Beziehung zwischen Russland und Kirgistan ist verführerische Macht vor allem deshalb effektiv, weil sie sich auf ein gemeinsames Verständnis von Staat und Raum beziehen kann. Fünfundzwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schwimmt in der kirgisischen Vorstellung von Russland Distanz und Nähe, Innen und Außen. Dorfbewohner im Fergana-Tal meinen nicht etwa die nahegelegene Gebietshauptstadt Batken, wenn sie »in die Stadt« gehen, sondern Moskau. In Interviews der Autorin, die 2013 und 2016 in Bischkek geführt wurden, beschrieben kirgisische Interviewpartner Russland nicht als weit entfernt und fremd. Eine kirgisische Menschenrechtlerin, die selbst gegen Russlands Einfluss in Kirgistan ist, sagte: »sie [die Russen] sind immer noch die Unseren«. Diese

gefühlte Nähe ermöglicht russischen Einfluss, setzt ihm aber auch Grenzen.

Die gefühlte Nähe wird durch verschiedene Faktoren und Entwicklungen erzeugt. Russische Medien, sowohl Unterhaltungsmedien als auch Nachrichten, werden in Kirgistan weiterhin von großen Teilen der Bevölkerung konsumiert. Dies führt zu einem gemeinsamen normativen Bedeutungsrahmen, der beeinflusst, wie die Beziehungen zu Russland und russisches staatliches Handeln interpretiert werden. So hat zum Beispiel eine Gallup-Umfrage 2015 ergeben, dass 79 % der kirgisischen Bevölkerung Russlands Verhalten im Ukraine-Konflikt unterstützen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Arbeitsmigration. Ein Fünftel der Bevölkerung sind Arbeitsmigranten in Russland, in der Regel sind weitere, in Kirgistan verbliebene Familienmitglieder von ihrem Einkommen abhängig. Die Rücküberweisungen von Migranten machen etwa ein Drittel des kirgisischen BIP aus. Arbeitsmigration fördert ein politisches Bewusstsein durch persönliche Erfahrungen sowie ein Verschwimmen von Nähe und Distanz im Leben der vielen Migranten, die die russische Staatsbürgerschaft erworben haben und sich frei zwischen beiden Ländern bewegen, oft mit Zweitfamilien in Russland. Bezeichnenderweise sieht eine große Mehrheit der kirgisischen Bevölkerung den Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion (EEU) positiv, obwohl Kirgistan auch ein Zentrum für die Wiederausfuhr chinesischer Waren ist und dadurch negativ von den neuen Außenzöllen der EEU betroffen war. Darüber hinaus existieren weiterhin vernetzte, oft persönliche Beziehungen zwischen kirgisischen und russischen Eliten. Kirgisische Eliten profitieren nicht nur von russischen Krediten und Investitionen, sondern auch von russischen Geschäftsverbindungen und Netzwerken, die die Eliten zentralasiatischer Staaten mit russischen Mittelsmännern in globale Steuer-oasen vernetzen.

Mangelnde Staatlichkeit und das Legitimitätsproblem kirgisischer Eliten

Diese gefühlte Nähe und die konkreten Verflechtungen betreffen nicht nur die persönliche Ebene oder Geschäftsbeziehungen, sondern sind ein wichtiges Element in der Erzeugung des kirgisischen »Staatseffekts« und damit kirgisischer Staatlichkeit. Der Begriff der Souveränität ist ein zentraler Bestandteil des postsowjetischen Staatsmythos zwischen Russland und Kirgistan. Aber dieser Begriff bezieht sich nicht nur auf die territoriale Souveränität und die Unterscheidung von Innen und Außen, die im westlichen Verständnis mit Staatlichkeit in den internationalen Beziehungen und Staatsbildung in Verbindung gebracht wird. Im Gegenteil, kirgisische Staatseliten beziehen einen Teil ihrer Legi-

mität aus dem oben beschriebenen ambivalenten Verschwimmen von Grenzen in der Interpretation gesellschaftlichen Raums zwischen Russland und Kirgistan, gerade deshalb, weil der kirgisische Staat in den Augen der Bevölkerung schwach erscheint.

Die gängige Vorstellung von *gosudarstvennost'* (Staatlichkeit) im post-sowjetischen Raum ist russischen Ursprungs und reflektiert sowjetische und imperiale Hinterlassenschaften. Der postsowjetische Mythos eines starken Staats bezieht sich auf einen Staat, der Einheit, Stabilität und Ordnung gewährleisten kann. Im öffentlichen Diskurs wird dieser Staatsmythos mit dem Mythos des starken Führers in Verbindung gebracht, gewissermaßen eine Weiterführung des imperialen verkörperten Souveränitätsgedankens. Allerdings ist Kirgistan der einzige Staat in Zentralasien, der nicht von solch einem starken Mann regiert wird; stattdessen wechseln sich Staatseliten in politischen Ämtern ab. Seit dem Sturz des damaligen Präsidenten Kurmanbek Bakijew im Jahr 2010 ist das Land eine parlamentarische Republik, im Gegensatz zu den Präsidentschaftsregierungen der Nachbarstaaten, und gegen den Willen des Kreml, der diese Veränderung zu verhindern versuchte. Trotzdem stellt die informelle Politik des Landes den Präsidenten weiterhin ins Zentrum der Macht, ohne dass es aber den Amtsinhabern bisher gelungen wäre, ihre Macht zu festigen. Instabilität und fragile Legitimität kennzeichnen kirgisische Politik und führten zur »Tulpenrevolution« im Jahr 2005 sowie den Unruhen im Jahr 2010, die Bakijew sein Amt kosteten. Kirgisische Kommentatoren beschreiben diese Tendenzen als einen Mangel an *gosudarstvennost'*, der sich darin manifestiert, dass der Staat seinen Aufgaben nicht nachkommt, Stabilität, Einheit und interethnische Harmonie zu gewährleisten – wie sich nicht zuletzt bei den schweren Unruhen zwischen Kirgisen und Usbeken in Osch im Fergana-Tal nach dem Sturz Bakijews 2010 gezeigt hat.

Das besondere Verhältnis zu Russland

Das Bild fragiler Staatlichkeit in Kirgistan wird auch durch Berichte über ausländische Einmischung unterstützt. Diese beziehen sich bezeichnenderweise öfter auf chinesische oder westliche Beispiele, chinesische Arbeitsmigranten, die ehemalige amerikanische Militärbasis in Manas oder die Präsenz westlicher NGOs, als auf vergleichbare Aktivitäten Russlands. Eine Ausnahme war die breitere öffentliche Debatte über den Beitritt Kirgistans zur EEU (2015), der von Gegnern des Projektes, auch offiziellen Stellen, als Verlust nationaler Souveränität dargestellt wurde. Andererseits wurde die russische Militärbasis in Kirgistan nie so kontrovers diskutiert wie die amerikanische auf dem Flughafen von Bischkek. Während der Unruhen in Osch versuchte die kir-

gisische Notstandsregierung Russland mehrmals zum militärischen Eingreifen zu bewegen, und sowohl Kirgisen als auch Usbeken baten die russische Botschaft um Hilfe. In keinem dieser Fälle wurde Russlands Präsenz in Kirgistan negativ bewertet, im Gegenteil. Selbst ein wachsender kirgisischer Ethnonationalismus, der seine Wurzeln im sowjetischen Nationalitätsverständnis hat, richtet sich nicht gegen russischen Einfluss. Wie eine Interviewpartnerin sagte, »unsere Nationalisten haben keinen eigenen Begriff von *gosudarstvennost'*, alles ist übernommen [von Russland und der Sowjetunion]«.

So hängt der kirgisische Staatsmythos von Verflechtungen mit Russland ab, statt sich im Gegensatz zu Russland zu manifestieren. Das hat durchaus auch materielle, wenn auch im Umfang eher symbolische, Aspekte. Die kirgisische Armee bezieht ihre Ausrüstung aus Russland zu günstigen Konditionen. Außerdem rüstete Russland die kirgisischen Grenzen zu China an den Außengrenzen der EEU auf, was es Kirgistan ermöglicht, zentrale Aspekte von Staatsmacht auszuüben, die es nicht selbst finanzieren kann. Ein anderes Beispiel ist die gängige Praxis, russische Gesetze zu kopieren. Kirgisische Gesetze sind oft wortwörtlich von russischen übernommen. Diese Praxis erregte internationale Aufmerksamkeit als kontroverse russische Gesetze gegen die westliche Finanzierung von NGOs und die öffentliche Darstellung von Homosexualität im kirgisischen Parlament eingebracht wurden. Westliche Kommentatoren interpretierten dies als Folge russischen Drucks. Doch ist es in Kirgistan aufgrund von mangelnden Verwaltungskapazitäten und der Tatsache, dass russische Rechtsnormen lokalen Vorstellungen entsprechen, generell üblich, russische Gesetze einfach zu übernehmen. Dieses Verhalten wiederum verstärkt die Konvergenz von Rechtsnormen, und damit Russlands verführerische Macht.

All dies findet auch Wiederhall in der weitverbreiteten Anrufung des russischen Präsidenten Wladimir Putin im öffentlichen Diskurs. In Zeiten politischer Krisen oder auch einfach nur in Situationen, in denen der kirgisische Staat als ineffektiv und schwach empfunden wird, hört man häufig Sätze wie »Wenn nur Putin unser Präsident wäre, dann hätte er bereits eine Lösung gefunden«. Eine weitverbreitete Verschwörungstheorie besagt, dass Putin den Aufstand, der 2010 zum Sturz des zu diesem Zeitpunkt bereits extrem unpopulären Präsidenten Bakijew führte, persönlich geplant habe. Derartige Äußerungen sind nicht nur Anekdoten. Es ist sinnbildlich für das Staatsverständnis und die Legitimierung politischer Macht in Kirgistan, dass solche Verschwörungstheorien immer in Verbindung mit der Darstellung fragiler Staatlichkeit im öffentlichen Diskurs auftauchen. Kirgisische Staatseliten befinden sich in einer fortwährenden Legitimitätskrise, nicht nur auf-

grund der weitverbreiteten Korruption, sondern auch wegen ihrer Unfähigkeit, den Staatsmythos umzusetzen. Diese Legitimitätskrise wird im öffentlichen Diskurs dargestellt als das Scheitern, einen starken Präsidenten zu produzieren. Es ist die Figur Wladimir Putins, die der kirgisischen Realität als das Ideal eines verkörperten Souveräns entgegengestellt wird.

All dies schlägt sich im Verhalten kirgisischer Staatseliten nieder, die sich häufig öffentlich mit russischen Politikern zeigen. Dabei gilt: Je mehr Nähe zu Putin, desto besser. Die persönliche Freundschaft des vorherigen kirgisischen Präsidenten Almasbek Atambajew (2011–2017) mit Putin wurde öffentlich zelebriert und in kirgisischen Medien verbreitet. Kirgisische Politiker, die unterschiedlichste politische Linien vertreten, reisen oft nach Moskau und zeigen sich mit Mitgliedern von Putins engerem Kreis, oder nutzen eines der zahlreichen regionalen Gipfeltreffen, um ihre Nähe zum Kreml zur Schau zu stellen. Vor Wahlen sind diese Zusammenkünfte besonders häufig; früher wurden Abbildungen von kirgisischen Politikern zusammen mit russischen Regierungsvertretern für Wahlplakate benutzt, bis diese Praxis 2011 verboten wurde, weil sie angeblich einen bestimmten pro-russischen Politiker bevorteilte. Solche Praktiken sichern die Legitimität kirgisischer Politiker durch ihre Verbindung mit der verkörperten Souveränität Putins und reproduzieren kirgisische Staatlichkeit durch Assoziation mit Russland.

Wirkungsrahmen und Grenzen russischer »verführerischer Macht«

All dies bedeutet, dass Verbindungen mit Russland den kirgisischen Staat als Effekt symbolischer Handlungen und damit auch russische »verführerische Macht« reproduzieren. Die Reichweite dieser Macht wurde in den Umständen, die zum Sturz Bakijews führten, besonders sichtbar. In den letzten Monaten des Jahres 2009 war die Unzufriedenheit mit seiner korrupten Regierung in der Bevölkerung sehr groß, und es waren Gerüchte über die kriminellen Machenschaften seines Sohnes Maxim im Umlauf, unter anderem in Verbindung mit dem illegalen Weiterverkauf von russischem Benzin an die amerikanische Militärbasis. Vor diesem Hintergrund begannen russische Medien über die korrupten Geschäftspraktiken des Präsidentensohnes zu berichten. Die Berichterstattung in russischen Medien, die von der kirgisischen Bevölkerung weitgehend als verlässlich empfunden wurde, gab den Gerüchten Substanz. Als die russische Regierung im April 2010 den Mineralölzoll erhöhte, machte sich der Unmut über die höheren Benzinpreise in Kirgistan in Protesten Luft – aber der Aufstand hatte seinen Ursprung in der tiefsitzenden Unzufriedenheit mit Präsident Bakijew in weiten

Teilen der Bevölkerung, die sich über Jahre herausgebildet hatte. Dieser Punkt veranschaulicht die Reichweite, aber auch die Grenzen russischer Macht. In der diffusen Erzeugung russischen Einflusses, der zu der Delegitimierung und damit zum Sturz Bakijews führte, findet sich kein Kausalzusammenhang, und vielleicht noch nicht einmal ein strategisches Ziel des Kreml. Russischer Einfluss entwickelte sich aufgrund dieser Mixtur konkreter materieller Faktoren mit der Art und Weise wie russische Berichterstattung über die Korruptionsaffäre den kirgisischen Staatsmythos in Frage stellte, mit der Komplizenschaft jener, die willig auf die russische Verführung eingingen.

Der Sturz Bakijews zeigt die gegenwärtige Reichweite von Russlands verführerischer Macht, aber ihre Stärke sollte nicht überschätzt werden. Verführerischer Macht kann leicht widerstanden werden, und kirgisische Eliten tun dies oft. Bakijew hat sich russischem Druck, die amerikanische Militärbasis zu schließen, mehrfach widersetzt und ihn sogar benutzt, um die Amerikaner zu höheren Pachtzahlungen zu bewegen. Die parlamentarische Verfassung wurde 2010 gegen den expliziten und öffentlich geäußerten Wunsch Russlands eingeführt, zu einem Zeitpunkt als der kirgisische Staat äußerst fragil schien. Sowohl das Gesetz gegen NGOs als auch das Gesetz gegen homosexuelle Propaganda, die beide als Beispiel für die kirgisische Abhängigkeit von Russland angeführt wurden, hat das Parlament letztlich abgelehnt, auch aufgrund von erfolgreicher Lobbyarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure. Atambajew, der Freund Putins, war bei weitem nicht einfach nur ein »pro-russischer« Präsident, nicht zuletzt, weil er offen mit den »farbigen Revolutionen« sympathisierte, die der Kreml so vehement ablehnt.

Über die Autorin:

Dr. Stefanie Ortmann ist Dozentin für Internationale Beziehungen an der Universität Sussex, Großbritannien. Sie hat unter anderem zu kulturellen Staatstheorien, Verschwörungstheorien im post-sowjetischen Raum, dem postsowjetischen Staatsmythos und dem russischen Einfluss in Kirgistan veröffentlicht.

Lesetipps:

- Madeleine Reeves, The Latest Revolution, in: London Review of Books, 32(2010) 9, = <https://www.lrb.co.uk/v32/n09/madeleine-reeves/the-latest-revolution>
- Anna Kapushenko, Savia Hasanova, Kyrgyzstan survives on money made by migrant workers, but it doesn't know how to spend it, in: Open Democracy 12.11. 2018, = <https://www.opendemocracy.net/en/odr/kyrgyzstan-survives-on-money-made-by-migrant-workers-but-it-doesn-t-know-how-to-spend-it/>
- Danil Usmanov, Ra-Si-Ya: How Kyrgyzstan supported Russia in the World Cup, in: Eurasianet, 10.7.2018, = <https://eurasianet.org/ra-si-ya-how-kyrgyzstan-supported-russia-in-the-world-cup>
- Ertan Karpazlı, Kyrgyzstan still burying the past 100 years after Urkun, in: TRT World, 25.6.2016, = <https://www.trtworld.com/magazine/kyrgyzstan-still-burying-the-past-100-years-after-urkun-1833>

Fazit

Da Russlands »verführerische Macht« so sehr auf gemeinsamen Normen und Vorstellungen beruht, ist nicht klar, ob sie wirklich eine langfristige Zukunft hat. Der gemeinsame Staatsmythos hat die neunziger Jahre überlebt, obwohl Russland sich aus Zentralasien zurückgezogen hatte. Es ist trotzdem nicht klar, was passieren würde, falls sich ein anti-russischer Diskurs als Sammelpunkt für die wachsende Zahl kirgisischer Nationalisten herausbildet. Es gibt erste Anzeichen dafür, zum Beispiel in jüngsten kirgisischen Debatten, wie des anti-zaristischen Aufstands von 1916 am besten zu gedenken sei, in dem geschätzt 100.000 Kirgisen ums Leben kamen, und viele andere nach China und Afghanistan flohen, um nicht zwangsweise in die zaristische Armee eingezogen zu werden. Es existiert eine Kluft zwischen den Generationen, was politisches Bewusstsein in Kirgistan betrifft, und dies zeigt sich auch in der wachsenden Beliebtheit eines ganz anderen Bildes kirgisischer Geschichte unter jungen gebildeten Kirgisen, nämlich das einer unterdrückten Kolonie in einem sowjetischen Imperium. Dies ist, wieder einmal, auch mit materiellen Faktoren verbunden. Obwohl weiterhin viele kirgisische Studenten nach Moskau gehen, um dort zu studieren oder zu arbeiten, wächst in den letzten Jahren die Zahl derjenigen, die nach Asien und in den Westen auswandern. Darüber hinaus gibt es mehrere ausländische, auch englischsprachige, Schulen und Universitäten im Land. Wie diese Internationalisierung der gebildeten kirgisischen Jugend zeigt, ist es nicht sicher, dass die gegenwärtige Reichweite russischer »verführerischer Macht« in den verschwimmenden Grenzen zwischen Russland und Kirgistan auch in Zukunft erhalten bleibt.

Kasachstan im Übergangsmodus – Ein Gespräch

Mit Beate Eschment (Berlin) und Sebastian Schiek (Berlin)

Jahrelang hat die Bevölkerung Kasachstans wie auch viele ausländische Beobachter die Frage beunruhigt, was geschehen wird, wenn Nursultan Nasarbajew einmal nicht mehr Präsident ist – wobei niemand von einem verfassungsmäßigen, demokratischen Wechsel des Staatsoberhauptes ausging. Seit dem 19. März 2019 haben Ungewissheit und Spekulationen ein Ende, Nasarbajew hat seinen Rücktritt erklärt und den Vorsitzenden des Senats, Kasym-Dschormat Tokajew, als seinen Nachfolger benannt. Dieser trat sein Amt auch an, kündigte aber schon nach drei Wochen Neuwahlen für den 9. Juni 2019 an.

Zwei Kasachstanexperten, Beate Eschment (BE) und Sebastian Schiek (SES), unterhalten sich über Hintergründe und Perspektiven der Veränderungen im größten Land Zentralasiens.

Gestern (23. April 2019) hat die Regierungspartei Nur Otan auf Vorschlag Nasarbajews seinen Nachfolger Tokajew zu ihrem Kandidaten für die bevorstehende Präsidentenwahl erklärt. Warum gerade ihn?

SES: Tokajew ist aus Sicht Nasarbajews der optimale Kandidat, vor allem aus machtpolitischen Gründen. Die politische Elite Kasachstans wird von verschiedenen Machtgruppen dominiert, die um Einfluss in Politik und Wirtschaft ringen, zwischen denen Nasarbajew stets einen Ausgleich schaffen muss. Würde einer der Vertreter dieser Gruppen der nächste Präsident werden, entstünde eine Schiefelage in der Machtarchitektur. Tokajew gilt als professioneller Politiker mit viel Regierungserfahrung, er hat aber keine eigene Machtbasis im Land. Nach seiner Zeit als Premierminister war Tokajew vor allem in der Außenpolitik tätig und hat viele Jahre im Ausland verbracht.

BE: Nicht zu vergessen ist, dass er sich bislang absolut loyal gegenüber Nasarbajew verhalten hat. Sein Lebenslauf ist frei von Skandalen. Er ist kein Charismatiker, sondern ein sehr erfahrener Diplomat, der seine Aufgaben bislang geräuschlos bis zur Farblosigkeit erfüllt hat.

Warum hat Nasarbajew sich überhaupt und in dieser Form zum Rückzug entschieden?

SES: Nasarbajew macht sich kurz vor seinem 79. Geburtstag an einen geordneten Rückzug, bevor ihm die Zügel aus der Hand gleiten. Oberstes Ziel ist seine eigene Sicherheit. Als Autokrat in einem stark personalisierten und informellen System musste er schon immer Angst haben, alles zu verlieren. Die erzwungenen Machtwechsel in Kirgistan und Armenien und der plötzliche Tod seines usbekischen Amtskollegen haben ihm diese Gefahr vor Augen geführt. Deshalb hat Nasarbajew zwar formal sein Amt aufgegeben, versucht aber, maximale Macht in den Händen zu behalten. Entscheidend ist sein Zugriff auf den Geheimdienst, dessen Chef ein loyaler Weggefährte ist und dem er als Leiter des nationalen Sicherheitsrates vorsteht, in Verbindung mit der Kontrolle über sein Wirtschaftsimperium.

BE: Es geht Nasarbajew aber nicht nur um sich und seine Familie, sondern auch um einen geordneten, die Stabilität währenden Übergang der Macht. Er hat als erster Präsident das unabhängige Kasachstan bis heute entscheidend geprägt und will sein Erbe natürlich gewahrt sehen. Ein freiwilliger Rücktritt rundet das positive Bild, das er von sich überliefert sehen will, ab. Ganz offensichtlich hängt er auch emotional an seinem Amt, seine innere Bewegung war sowohl während seiner Rücktrittsrede als auch auf dem Parteitag nicht zu übersehen.

Folgen die Ereignisse um den Wechsel des Präsidenten einem festen Plan? Wenn ja, wie ist er zu bewerten?

BE: Nasarbajew hat auf dem Parteitag selbst gesagt, dass sein Rückzug einem jahrelang vorbereiteten Plan folgt und meines Erachtens spricht vieles dafür, dass dies den Tatsachen entspricht. Schon seit 2010 hat er sich gesetzlich entscheidende Vollmachten für die Zeit nach seinem Rücktritt gesichert, entscheidend erscheint mir hier vor allem das lebenslange Recht auf den Vorsitz des Sicherheitsrates (2018). Dann wurde die Bevölkerung an den Gedanken gewöhnt, zuletzt durch die im Februar 2019 öffentlich verbreitete Entscheidung des Verfassungsrates, dass Nasarbajew das Recht auf Rücktritt habe. Der Zeitpunkt des Rücktritts überraschte alle, aber der Schritt als solches war erwartet worden. Der Nachfolger ist sorgfältig ausgesucht und soll nun per Wahl durch die Bevölkerung legitimiert werden. Auch das

ist in Kasachstan beschlossen worden und nicht, wie manche Beobachter meinen, vom Kreml befohlen. Natürlich entspricht diese Art des Übergangs nicht den uns vertrauten demokratischen Spielregeln, das Vorgehen scheint mir aber in Hinblick auf Wahrung der Stabilität gut durchdacht.

Kann der Plan aufgehen oder warten große Unwägbarkeiten?

SES: Mit seinem Rücktritt hat Nasarbajew die heiße Phase des Machtübergangs eingeläutet. Diese Phase endet nicht mit der Wahl im Juni. Vielmehr kommt jetzt die gesamte Machtarchitektur des Systems in Bewegung. Es ist noch ganz offen, wohin das längerfristig führt. Nasarbajew und seine Familie haben eine unglaubliche Fülle an Befugnissen und Machtressourcen monopolisiert, politischer wie wirtschaftlicher Natur. Bei allem was wir nun sehen werden, geht es auch um die Frage, wie Macht und Herrschaftsbefugnisse zukünftig innerhalb der Elite verteilt werden. Momentan ist die Präsidentenfamilie noch strategisch gut positioniert: Nasarbajew kontrolliert den Sicherheitsrat, Tochter Dariga steht dem Senat vor, Schwiegersohn Timur Kulibajew sitzt an wirtschaftlich wichtigen Hebeln. Früher oder später wird die Familie aber mit Machterosionen zu kämpfen haben.

Was ist von der Wahl zu erwarten?

BE: Ich sehe vor allem ein »Hindernis« für die Realisierung einer geplanten Wahl. Die Bevölkerung Kasachstans ist schon in den vergangenen Jahren, ausgelöst durch die wachsenden sozioökonomischen Probleme des Landes, allmählich aktiver geworden. Der Staat hat aber nicht gelernt, diese Meinungsäußerungen von staatsgefährdenden Aktivitäten zu unterscheiden. Das zeigt sich auch jetzt. Gegen die unvorbereitete und m. E. misslungene Umbenennung der Hauptstadt in Nur-Sultan haben innerhalb von Stunden 35.000 Menschen eine Online-Petition unterzeichnet. Das ist für Kasachstan eine Riesenzahl. Gleichzeitig gab es Aktivisten, die in Astana und Almaty auf der Straße gegen die Umbenennung protestierten – und sofort festgenommen wurden. Ein Plakat beim Almaty-Marathon am 21. April mit der Aufschrift: »Du kannst nicht vor der Wahrheit weglaufen #forafreeelection #Ihaveachoice« brachte zwei Aktivisten 15 Tage Gefängnis ein. Für mich ist nicht die Frage, dass man versuchen wird, Wahlkampf und Wahlergebnis zu »orchestrieren«, sondern mit welchen Mitteln. Der Plan eines stabilitätswahrenden Übergangs geht nur auf, wenn die Situation nicht eskaliert.

SES: Die Orchestrierung fängt ja schon beim »Wahlkampf« an. Bislang gibt es ohnehin nur pro-forma antretende Gegenkandidaten. Keiner wird mit der PR-Maschine der Präsidialadministration mithalten können. Ein Selbstläufer wird aber auch die Wahlwerbung Tokajews nicht werden. Ihm fehlt die Legitimität des Übervaters Nasarbajew. Insbesondere in den urbanen Zentren, wo soziale Medien breit genutzt werden, dürfte Tokajew es schwer haben, gegen Misstrauen, Häme und den Wunsch nach Mitbestimmung anzukommen. Die Durchführung der Wahlen selbst wird gut geplant sein, aber auch hier können noch Stolperfallen auftauchen, z. B. eine äußerst geringe Wahlbeteiligung oder viele Stimmen für einen eventuell noch auftretenden, echten Gegenkandidaten. Wirklich gefährdet wird das die Wahl Tokajews zum Präsidenten aber nicht.

Was kann man von Tokajew erwarten, welchen Spielraum hat er überhaupt?

BE: Tokajew ist zwar 15 Jahre jünger als Nasarbajew, aber er gehört damit immer noch der Generation an, die in der Sowjetunion sozialisiert wurde. Deshalb würde ich von ihm keine völlig neuen, bahnbrechenden Modernisierungsideen erwarten. Vor allem hat er unter den augenblicklichen Bedingungen, die ich formal als Doppelherrschaft bezeichnen würde, real aber nach wie vor als Herrschaft Nasarbajews, gar nicht die Möglichkeit für große eigene Initiativen. Allerdings konnte man bereits einige kleinere Äußerungen von ihm hören, die eine gewisse Autonomie erkennen lassen. Zum Beispiel setzte er sich von dem von Nasarbajew verfochtenen Ziel der Dreisprachigkeit der Bevölkerung ab und erklärte, dass es zunächst wichtig sei, dass alle Bürger Kasachisch und Russisch wirklich beherrschen.

Vom heutigen Standpunkt aus halte ich Tokajew für einen Übergangspräsidenten. Der richtige Einschnitt wird erst kommen, wenn ein Vertreter der postsowjetischen Generation Staatsoberhaupt wird. Es ist zu befürchten, dass Kasachstan dann nationalistischer wird, sowohl bei der Vertretung seiner äußeren Interessen als auch gegenüber seinen Staatsbürgern nichtkasachischer Nationalität.

SES: Die Wahl Tokajews verdeutlicht einmal mehr das »System Nasarbajew«. Sicherlich möchte er ein »gutes« Erbe hinterlassen. Dafür Kontrolle abzugeben ist in dem informellen System allerdings keine Option. Tokajew steht insofern zwischen Nasarbajew und den Machtgruppen, das schränkt seinen Handlungsspielraum enorm ein, er kann nicht mit einer charismatischen Idee hervortreten, so wie es Schawkat Mirsijojew in Usbekistan zur Überraschung aller getan hat. Ich denke auch, dass Tokajew ein Übergangspräsident ist. Seine Macht währt nur so lange, wie er unter dem Schutz des Alterspräsidenten steht.

Welche Bilanz kann man bislang von der Herrschaft Nasarbajews ziehen?

SES: Nasarbajew hat Kasachstan in die Unabhängigkeit und durch die schwierigen 1990er Jahre geführt und eine arbeitsfähige Regierung auf die Beine gestellt. Er war von Anfang an ein ambitionierter Präsident, hatte viel vor, orientierte sich dabei an einem modernen Autoritarismus im Stile Singapurs. Bei der Umsetzung seine Ziele und zur Sicherung seiner Macht griff er dann aber doch auf alte Methoden zurück. Stabilität basiert in Kasachstan bis heute auf der Kontrolle »per Hand«, der Aufbau stabiler politischer Institutionen (Justiz, Parlamentarismus, eine verlässliche Nachfolgeregelung) und die wirkliche Bekämpfung der Korruption bleiben Aufgaben für kommende Generationen. Das gleiche gilt für die Wirtschaft. Kasachstan ist bis heute abhängig vom Ölexport. Nasarbajews wichtigstes Projekt, die Diversifizierung der Wirtschaft, ist ihm nicht gelungen.

BE: Ich stimme zu und möchte noch drei Aspekte ergänzen: Erstens ist Kasachstan ein stabiler Staat, dessen Bürger im Vergleich zu den anderen zentralasiatischen Staaten sicher, friedlich und auch immer noch in einem gewissen Wohlstand leben. Zweitens hat Nasarbajew es geschafft, dass die extrem multiethnische Bevölkerung weitgehend friedlich zusammenlebt. Wobei es in beiden Fällen natürlich viele Möglichkeiten gegeben hätte, es noch besser zu machen. Das allergrößte Verdienst Nasarbajews sehe ich in seiner auf Ausgleich und Mäßigung ausgerichteten Außenpolitik, er hat es geschafft, dass Kasachstan zu beiden benachbarten Großmächten, Russland und China, gute Beziehungen hat, aber auch zu praktisch allen anderen Global Playern.

Über die Teilnehmer_innen des Gesprächs:

Dr. *Beate Eschment* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin und Redakteurin der Zentralasien-Analysen.

Dr. *Sebastian Schiek* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin.

16. Februar – 19. April 2019

Kasachstan

18.2.2019	Die kasachstanische Botschaft in Moskau gibt bekannt, dass Kasachstans Handel mit den Ländern der EEU 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 7,5 % auf insgesamt 19,1 Mrd. US-Dollar gestiegen ist. 92 % davon entfallen auf die RF, 4,5 % auf Kirgistan.
19.2.2019	Präsident Nursultan Nasarbajew empfängt den Vorsitzenden des russischen Ölkonzerns Lukoil, Wagit Alekperow, in Astana zu Gesprächen über die Entwicklung der Investitionszusammenarbeit in der Öl- und Gasindustrie und über die Durchführung eines gemeinsamen Projekts zur Förderung von Kohlenwasserstoffen im Kaspischen Meer.
21.2.2019	Präsident Nasarbajew entlässt die Regierung unter Premierminister Bakyttschan Sagyntajew, weil es ihr nicht gelungen sei, drängende sozioökonomische Probleme, wie die Steigerung der Realeinkommen und die Erhöhung der Beschäftigung, zu lösen. Der bisherige stellvertretende Premier Askar Mamin wird zum amtierenden Regierungschef ernannt.
22.2.2019	Präsident Nasarbajew unterzeichnet eine Verordnung, nach der kasachstanische Banknoten in Zukunft nur noch kasachisch und nicht mehr wie bisher auch in russischer Sprache beschriftet sein werden.
24.2.2019	Nach Angaben des russischen Innenministeriums sind 2018 insgesamt 26.520 kasachstanische Staatsbürger nach Russland emigriert.
25.2.2019	Präsident Nasarbajew bestätigt die neue Regierung. Mamin wird regulärer Premier; zum stellvertretenden Premier wird Dschenis Kasymbek ernannt. Alichan Smailow wird neuer Finanzminister. Alle anderen Minister behalten ihr Amt. Das Ministerium für Information und Kommunikation und das Ministerium für soziale Entwicklung werden zusammengelegt und umbenannt in Ministerium für Information und soziale Entwicklung. Das Ministerium für Verteidigung und Luft- und Raumfahrt wird umbenannt in Ministerium für digitale Entwicklung, Verteidigung, Luft- und Raumfahrt.
27.2.2019	Auf dem Kongress der Regierungspartei Nur Otan anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens verkündet Parteichef Nasarbajew Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Unterstützung und zur Verbesserung der Lebensqualität. U. a. sollen in den nächsten drei Jahren ca. 790 Mio. US-Dollar für Familien mit geringem Einkommen und ca. 2,6 Mrd. US-Dollar für die Anhebung der Gehälter im Staatsdienst bereitgestellt werden.
27.2.2019	Die Polizei in Astana nimmt Dutzende von Menschen fest, die sich in der Nähe des Gebäudes versammelt hatten, in dem der Parteikongress von Nur Otan stattfindet sowie mehrere Personen, die vor dem Hauptquartier der Partei den Rücktritt Nasarbajews und eine bessere Unterstützung der Bevölkerung fordern. Auch in Almaty wurden mehrere Personen der Nähe des Parteibüros verhaftet.
27.2.2019	In Schanaosen (Gebiet Mangystau) wird eine Demonstration aufgelöst und Dutzende Demonstranten, die mehr Arbeitsplätze und besser bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten fordern, festgenommen. Dabei werden auch zwei Reporter von RFE/RL vorübergehend verhaftet.
28.2.2019	Wegen Terrorismusvorwürfen verurteilt ein Gericht in der Stadt Oral (Gebiet Westkasachstan) sechs junge Männer zu Haftstrafen von fünf bis dreizehn Jahren und zwei weitere Männer, darunter einen Teenager, zu Freiheitsbeschränkungen. Auch in Aktobe verurteilt ein Gericht zwei Angeklagte wegen des Vorwurfs der terroristischen Propaganda zu sieben und acht Jahren Gefängnis.
1.3.2019	Präsident Nasarbajew ernennt den ehemaligen Premierminister Sagyntajew zum Staatssekretär.
1.3.2019	Präsident Nasarbajew ernennt sechs Richter zu neuen Mitgliedern des Obersten Justizrates.
5.3.2019	Amnesty International fordert die kasachstanische Regierung in einer offiziellen Stellungnahme auf, das Recht auf Versammlungsfreiheit zu respektieren und verurteilt die Festnahmen von Hunderten friedlichen Demonstranten am 27.2.2019 als unverhältnismäßig.
10.3.2019	Der Vorsitzende der zivilgesellschaftlichen Gruppe Atajurt, Serikdschan Bilasch, der sich für die Rechte ethnischer Kasachen in China einsetzt, wird in Almaty festgenommen, nach Astana überführt und dort unter Hausarrest gestellt. Außerdem wird das Büro von Atajurt durchsucht. Laut Angaben der Polizei von Astana wird Bilasch vorgeworfen, nationale Zwietracht und Hass zu provozieren. Auf den sozialen Medien setzen sich Anhänger von Bilasch im großen Stil für seine Freilassung ein.

12.3.2019	Die RFE/RL-Korrespondentin Sania Toiken wird von einem Gericht in Schanaosen zu einer Geldstrafe in Höhe von 135 US-Dollar verurteilt, nachdem sie zum dritten Mal innerhalb weniger Wochen wegen ihrer Berichterstattung über die andauernden Proteste der Bewohner der Stadt festgenommen worden war. Toiken bezeichnet die Verurteilung als politisch motiviert.
14.3.2019	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der Kasachstan aufgefordert wird, Menschenrechte zu respektieren, Menschenrechtsverletzungen und allen Formen der politischen Unterdrückung ein Ende zu setzen und politische Gefangene freizulassen.
14.3.2019	Im Rahmen seines Arbeitsbesuchs in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) führt Präsident Nasarbajew Gespräche mit dem Kronprinzen von Abu Dhabi, Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan, über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit.
15.3.2019	Der Geschäftsmann Dschomart Jertajew, dem Unterschlagung von Geldern vorgeworfen wird und der seit Mai 2018 wiederholt festgenommen und wieder freigelassen wurde, wird von den russischen an die kasachstanischen Strafverfolgungsbehörden ausgeliefert.
19.3.2019	Präsident Nasarbajew verkündet in einer im Fernsehen übertragenen Ansprache seinen Rücktritt vom Amt des Präsidenten mit sofortiger Wirkung. Als Interimspräsident benennt er den bisherigen Vorsitzenden des Senats, Kasym-Dschomart Tokajew. Nasarbajew behält die mit den Titeln »Erster Präsident« und »Führer der Nation« (El basy) verbundenen Rechte und bleibt vor allem Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats.
20.3.2019	Kasym-Dschomart Tokajew wird als neuer Präsident vereidigt. Die Tochter des Ersten Präsidenten, Dariga Nasarbajewa, wird zu seiner Nachfolgerin als Vorsitzende des Senats gewählt. Das Parlament beschließt einstimmig, wie von Tokajew vorgeschlagen die Hauptstadt zu Ehren von Nasarbajew von Astana in Nur-Sultan umzubenennen.
21.3.2019	In Astana verhaftet die Polizei etwa 20 Personen, die gegen die Umbenennung der Stadt protestieren. Im Internet kursieren zwei Online-Petitionen gegen die Umbenennung der Hauptstadt, eine davon hat mehr als 35.000 Unterzeichner.
23.3.2019	Per Dekret des neuen Präsidenten Tokajew wird Astana in Nur-Sultan umbenannt.
24.3.2019	Präsident Tokajew ernannt den ehemaligen Premierminister Sagyntajew zum Chef der Präsidialverwaltung. Er wird damit Nachfolger von Asset Issekeschew.
27.3.2019	Beim Absturz eines Militärhubschraubers im Gebiet Kysylorda sterben alle 13 Insassen.
28.3.2019	Außenminister Beibut Atamkulow trifft in Beijing mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi zu Gesprächen zusammen. Die chinesische Seite dankt danach in einer Stellungnahme der Regierung Kasachstans für ihr Verständnis für die chinesischen Maßnahmen gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus in Xinjiang, das kasachstanische Ministerium äußert sich zurückhaltender, man habe u. a. auch die Situation von in China lebenden Kasachen erörtert.
2.4.2019	Ein Gericht in Nur-Sultan verurteilt die Journalistin Swetlana Gluschkowa zu einer Strafzahlung von 25.250 Tenge (66 US-Dollar) wegen des Angriffs auf eine junge Frau, die sie daran hindern wollte, über die Festnahme von Teilnehmern einer Demonstration gegen die Umbenennung der Hauptstadt zu berichten. Der Fall hatte große Aufmerksamkeit von Menschenrechtlern auf sich gezogen, Gluschkowa bezeichnet das Urteil als politisch motiviert.
3.4.2019	Präsident Tokajew trifft während seines ersten Auslandsaufenthaltes im neuen Amt in Moskau mit seinem Amtskollegen Wladimir Putin zusammen. Beide verabreden eine weitere Intensivierung der strategischen Kooperation, eine Fortsetzung der Zusammenarbeit in Baikonur sowie russische Unterstützung beim Bau eines Atomkraftwerkes in Kasachstan.
3.4.2019	Unter Vorsitz Nasarbajews findet die erste Sitzung der neugebildeten Kanzlei des Ersten Präsidenten statt, für die das Parlament 1 Mrd. Tenge (ca. 2,63 Mio. US-Dollar) aus dem Staatshaushalt bewilligt hatte.
4.4.2019	Präsident Tokajew trifft in Moskau mit der Vorsitzenden des Föderationsrates der RF, Walentina Matwjenko, zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis zusammen.
4.4.2019	Präsident Tokajew unterzeichnet ein Gesetz über die Erhöhung der Unterstützung für Bürger mit niedrigem Einkommen und kinderreiche Familien.
5.4.2019	Jerlan Karin, zuletzt Vorsitzender des staatlichen Fernsehkanals RTRK Kasachstan, wird zum Berater des Präsidenten ernannt, Jerdshan Babakumarow zum Berater und Leiter des Zentrums für Analyse und Prognose der Präsidentenadministration. Gleichzeitig werden viele Umbesetzungen auf der Ebene der stellvertretenden Minister und Abteilungsleiter vor allem des Innenministeriums gemeldet.

8.4.2019	Präsident Tokajew empfängt den OSZE-Vorsitzenden Miroslav Lajčák zu Gesprächen über aktuelle regionale und internationale Fragen sowie die Perspektiven des Engagements Kasachstans in der Organisation.
9.4.2019	Präsident Tokajew kündigt in einer im Fernsehen ausgestrahlten Rede an, dass am 9.6.2019 vorgezogene Neuwahlen für das Amt des Präsidenten stattfinden werden. Allgemein war angenommen worden, dass er das Amt bis zum Ende der regulären Amtszeit seines Vorgängers im Jahr 2020 ausüben werde. Dariga Nasarbajewa lässt über einen Sprecher ausrichten, dass sie nicht kandidieren werde.
10.4.2019	Der Erste Präsident Nasarbajew leitet eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, bei der es vor allem um die sozioökonomische Lage Kasachstans geht.
11.4.2019	Dutzende von kinderreichen Müttern versammeln sich zuerst von dem Gebäude des Ministeriums für Arbeit und Soziales, danach vor dem Parlament und protestieren gegen Probleme bei der Zuteilung der gesetzlich zugesagten Unterstützungen.
12.4.2019	Die Zentrale Wahlkommission teilt mit, dass es in Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen nur gelungen sei, sechs der sieben in Kasachstan zugelassenen Parteien zu kontaktieren. Für die Partei Asat lägen der Kommission keinerlei gültige Kontaktdaten vor.
15.4.2019	Während seines ersten Usbekistanbesuches als Präsident wird Tokajew in Taschkent von seinem usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit insbesondere im Bereich Sicherheit und Handel empfangen. Es werde eine Reihe von Vereinbarungen, u. a. über die Rechte von Arbeitsmigranten und die Weiterentwicklung der militärischen Zusammenarbeit unterzeichnet.
15.4.2019	Vor dem Ministerium für Arbeit und Soziales in Nur-Sultan protestieren erneut ca. 50 kinderreiche Mütter gegen einzelne Bestimmungen der zugesagten Unterstützungszahlungen.
17.4.2018	Premierminister Mamin empfängt den Minister for Europe and the Americas at the Foreign & Commonwealth Office of Great Britain, Alan Duncan, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven insbesondere der ökonomischen Zusammenarbeit.
18.4.2019	Der Erste Präsident Nasarbajew lässt sich von Verteidigungsminister Nurlan Jermekbajew über den aktuellen Zustand der Streitkräfte und Maßnahmen zur Modernisierung ihrer Waffen informieren.
18.4.2019	Präsident Tokajew weist im Gespräch mit Außenminister Bejbut Atamkulow auf die Notwendigkeit einer verstärkten Effektivität der staatlichen Investitionspolitik und eine Erhöhung des Exports kasachstanischer Produkte hin.
18.4.2019	Die Senatsvorsitzende Dariga Nasarbajewa trifft am Rande der 49. Sitzung des Rates der Parlamentarischen Versammlung der GUS-Staaten in Sankt Petersburg mit dem Sprecher des kirgisischen Parlamentes, Dastanbek Dschumabekow, zusammen.
19.4.2019	Das Innenministerium teilt auf seiner Facebook-Seite mit, dass in Kasachstan eine Touristenpolizei eingerichtet wird, die für Sicherheit und Komfort ausländischer Gäste zuständig sein soll. In einem ersten Schritt werden entsprechende Polizisten in Nur-Sultan, Almaty und den Gebieten Akmola, Alma-Ata, Turkestan und Ost-Kasachstan tätig sein.

Kirgistan

16.2.2019	Außenminister Tschingis Aidarbekow führt am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz bilaterale Gespräche mit seinen Amtskollegen aus Tschechien und der Mongolei, Tomáš Petříček und Damdin Tsogetbaatar.
22.2.2019	Der Anwalt von Ex-Premierminister Sapar Isakow, Nurbek Toktakunow, beschuldigt das Staatliche Komitee für nationale Sicherheit (GKNB), eine Verleumdungskampagne gegen ihn zu führen, um ihn an der Verteidigung von Isakow in dem Korruptionsfall im Zusammenhang mit dem Ausfall des Wärmekraftwerks in Bischkek zu hindern. Im Internet waren anonyme Videos mit verschiedenen Vorwürfen gegen und Gerüchten über Toktakunow aufgetaucht.
25.2.2019	Ulugbek Babakulow, Korrespondent der Nachrichtenagentur Fergana Agency, der von den kirgisischen Behörden im Mai 2017 wegen Anstiftung zu ethnischem Hass angeklagt wurde und seitdem im Exil lebt, erhält politisches Asyl in Frankreich.
26.2.2018	Während seines Besuches in Saudi-Arabien führt Außenminister Aidarbekow Gespräche mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des saudischen Entwicklungsfonds, Khalid bin Salim Al-Khudairi, über eine Ausweitung der finanziellen Unterstützung für Kirgistan.

27.2.2018	Das US-Justizministerium informiert über die Rückzahlung von 4,6 Mio. US-Dollar an Kirgistan, die auf US-Konten aus dem Umfeld des ehemaligen Präsidenten Kurmanbek Bakijew und seines Sohn Maxim beschlagnahmt worden waren. Die kirgisische Regierung hatte sich zuvor verpflichtet, das Geld für die Anschaffung medizinischer Geräte, Trinkwasseraufbereitungsanlagen und für Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung zu verwenden.
28.2.2018	Ein Gericht in Bischkek verurteilt Ex-Präsident Almasbek Atambajew zu Entschädigungszahlungen in Höhe von jeweils 1.450 US-Dollar an drei ehemalige Parlamentsabgeordnete, die ihn wegen Beleidigung und Verletzung ihrer Würde im Dezember 2018 verklagt hatten.
2.3.2019	Am Rande der 46. Tagung des Außenministerrates der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) in Abu Dhabi führt Außenminister Aidarbekow Gespräche mit dem OIC-Generalsekretär, Yousef bin Ahmad, sowie mit den Außenministern von Kuwait und Oman, Scheich ab Sabah al-Khaled al-Sabah und Yousuf bin Alawi bin Abdullah.
8.3.2019	Nach kritischen Reaktionen vor allem in den sozialen Medien nimmt das Bürgermeisteramt von Bischkek das Verbot einer Demonstration anlässlich des Weltfrauentags vom Vortag zurück und genehmigt den Marsch gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen doch. Die Teilnahme von LGBTI-Anhängern ruft im Nachhinein massive Kritik einzelner Parlamentarier an der Genehmigung der Demonstration, inklusive Forderungen nach Rücktritt des Bürgermeisters, hervor. Die Organisatorinnen des Marsches berichten von Anfeindungen und Drohungen durch Unbekannte.
8.3.2019	Der ehemalige stellvertretende Premierminister Bekbolot Talgarbekow, der im August 2018 wegen des Schürens von Hass und des versuchten Sturzes der Regierung zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, wird vorzeitig auf Bewährung aus dem Gefängnis entlassen.
9.3.2019	Das Nationale Komitee für Statistik gibt bekannt, dass der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen im Jahr 2018 insgesamt 569,8 Mio. US-Dollar, und damit 7,6 % weniger als im Vorjahr, betrug.
11.3.2019	Der Pressedienst der Geistlichen Verwaltung der Muslime Kirgistans meldet, dass auf Anordnung von Großmufti Maksatbek Toktomuschew Freitagspredigten in Moscheen nur noch auf Kirgisisch und Russisch gehalten werden dürfen.
13.3.2019	Eine Gruppe von Aktivisten protestiert vor dem Parlament gegen den Frauenmarsch vom 8.3.2019 in Bischkek, den sie als »Schwulenparade« bezeichnen und fordern den Rücktritt des Bürgermeisters sowie die Bestrafung aller Verantwortlichen.
14.3.2019	Bei tätlichen Auseinandersetzungen zwischen ca. 200 Einwohnern eines kirgisischen und eines tadschikischen Dorfes an der Grenze der im kirgisischen Gebiet Batken gelegenen tadschikischen Enklave Woruch sterben zwei tadschikische Staatsbürger, mehr als 20 Personen werden verletzt. Der Konflikt hatte sich nach Angaben der Behörden am Bau einer Umgehungsstraße um Woruch entzündet. Die Grenzdienste beider Länder werden in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt und die Grenze vorübergehend geschlossen. Außerdem wird eine Kommission zur Aufklärung des Vorfalls gegründet. An den Gesprächen nehmen auch die Innenminister beider Länder, Kaschkar Dschunuschalijew und Ramason Rachimsoda, teil.
18.3.2019	Nach Angaben der russischen Zentralbank betrug die Summe der Überweisungen physischer Personen aus Russland nach Kirgistan 2018 2,4 Mrd. US-Dollar (2017: 2,2 Mrd. US-Dollar).
18.3.2019	Die Grenze zwischen Kirgistan und Tadschikistan im Bezirk Batken wird nach Abschluss der Gespräche nach den gewalttätigen Vorfällen am 13. und 14.3.2019 wieder geöffnet.
18.3.2019	Die von Ex-Präsident Atambajew angeführte Sozialdemokratische Partei Kirgistans (SDPK) gibt bekannt, dass sie sich der Opposition anschließen, um neue Wege für die Entwicklung des Landes vorschlagen zu können. Am Tag zuvor hatte Atambajew öffentlich sein Bedauern geäußert, dass er dem jetzigen Präsident Dscheenbekow an die Macht verholten habe und ihn als Autokraten bezeichnet.
20.3.2019	In der russischen Stadt Jakutsk werden mehrere Männer festgenommen, die willkürlich Migranten aus Zentralasien angegriffen haben sollen, nachdem am 17.3.2019 ein kirgisischer Arbeitsmigrant wegen des Verdachts eine russische Frau vergewaltigt zu haben, verhaftet worden war. Noch am selben Tag demonstrierten ca. 200 Menschen im Stadtzentrum und forderten die Deportation aller Arbeitsmigranten aus Zentralasien.
25.3.2019	Premierminister Muchammedkaliy Abylgasijew führt in Riad Gespräche mit dem König von Saudi-Arabien, Salman ibn Abdul-Aziz Al Saud, über aktuelle Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Investitionen und humanitäre Hilfe.
25.3.2019	Kirgistan tritt dem Genfer Protokoll zum Verbot der Verwendung chemischer und biologischer Waffen in internationalen bewaffneten Konflikten bei.

28.3.2019	Präsident Dscheenbekow empfängt in Bischkek seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit, bei denen 17 Vereinbarungen und eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet werden, u. a. über die Ausweitung und Modernisierung und eine damit verbundene Pachterhöhung (von 4,5 auf 4,79 Mio. US-Dollar pro Jahr) der russischen Militärbasis in Kant, russische Entwicklungshilfe in Höhe von 30 Mio. US-Dollar sowie eine Amnestie für kirgisische Staatsbürger, die in Russland gegen Migrationsbestimmungen verstoßen haben. Im Rahmen der parallel stattfindenden 8. Russisch-kirgisischen interregionalen Konferenz werden Verträge im Umfang von 6 Mrd. US-Dollar unterzeichnet.
29.3.2019	Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) stellt Kirgistan 100 Mio. US-Dollar, davon 60 Mio. US-Dollar in Form eines Kredits und 40 Mio. US-Dollar in Form eines Zuschusses, für die Modernisierung des Wasserkraftwerks Utsch-Kurgan (Gebiet Dschalalabad) zur Verfügung.
1.4.2019	Der Gouverneur von Batken, Abisch Chalmursajew, wird im Zusammenhang mit dem Grenzkonflikt um Woruch entlassen. Nachfolger wird Akram Madumarow.
2.4.2019	Nach Angaben des GKNB wurden am 30.4.2019 auf dem Flughafen von Osch im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen einen Drogenschmugglerring drei Staatsbürger eines nicht genannten Nachbarstaates verhaftet und mehr als 3 kg Heroin beschlagnahmt.
3.4.2019	In Bischkek findet ein Kongress der Bewegung »SDPK ohne Atambajew« statt, auf dem die ca. 300 Teilnehmer sich zur eigenen Partei erklären und Sygynbek Abdyrachmanow zu ihrem Vorsitzenden bestimmen.
3.4.2019	Das GKNB dementiert in den sozialen Netzwerken verbreitete Berichte über eine Sonderaktion zur Verhaftung von Ex-Präsident Atambajew.
4.4.2019	Das Parlament verabschiedet in dritter Lesung mit 111 zu 3 Stimmen eine Gesetzesänderung, nach der die Immunität ehemaliger Präsidenten im Falle des Verdachts einer schweren Straftat aufgehoben werden kann.
5.4.2019	Nach mehreren Gesprächen der Premiers und Vorsitzenden der Zollbehörden beider Länder hat Kasachstan mit der Abfertigung der sich seit dem 19.3.2019 an seiner Grenze stauenden LKW aus Kirgistan begonnen. Zuletzt hatte es im Herbst 2017 ähnliche Probleme gegeben.
5.4.2019	In Duschanbe findet eine reguläre Sitzung der kirgisisch-tadschikischen Kommission zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze statt.
8.4.2019	Präsident Dscheenbekow unterzeichnet mehrere Erlasse, mit denen insgesamt 636 Personen, fast ausschließlich ethnische Kirgisen, die in ihre historische Heimat zurückgekehrt sind, die kirgisische Staatsbürgerschaft erhalten.
9.4.2019	Präsident Dscheenbekow empfängt den derzeitigen OSZE-Vorsitzenden Miroslav Lajčák zu Gesprächen über die OSZE und die bilateralen Beziehungen Kirgistans und der Slowakei.
9.4.2019	Kurbanbai Iskandarow wird aus seinem Amt als Sonderbeauftragter der Regierung für Grenzfragen entlassen.
12.4.2019	Human Rights Watch (HRW) fordert Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, Präsident Dscheenbekow bei seinem bevorstehenden Deutschlandbesuch auf Menschenrechtsverletzungen in Kirgistan anzusprechen.
13.4.2019	Der Unternehmer und Politiker Omurbek Babanow, der seit seiner Niederlage bei der Präsidentenwahl 2017 auf der Flucht vor polizeilichen Ermittlungen wegen Anheizens zwischenethnischer Spannungen im Wahlkampf im Ausland lebt, revidiert am Tag seiner geplanten Ankunft seinen Plan einer Rückkehr nach Kirgistan, weil er befürchtet, dass Kundgebungen seiner Anhänger von »dritten Kräften« für Unruhen ausgenutzt werden könnten.
15.4.2019	Präsident Dscheenbekow ernennt Mirlan Turgunbekow zum Leiter des Anti-Terror-Zentrums Kirgistans.
16.4.2019	Präsident Dscheenbekow wird während seines Staatsbesuches in Berlin von seinem Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble zu Gesprächen empfangen, die ihm weitere Unterstützung zusagen. Am Vortag war Dscheenbekow in München mit dem bayrischen Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten Florian Herrmann und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger zusammengetroffen und hatte an einem kirgisisch-deutschen Wirtschaftsforum teilgenommen, bei dem Verträge im Umfang von 1 Mrd. Euro unterzeichnet wurden.
16.4.2019	Premierminister Abylgasijew empfängt den Generalsekretär der Weltzollorganisation (WCO), Kunio Mikuriya, zu Gesprächen über die Zusammenarbeit. Mikuriya hält sich anlässlich der Eröffnung des Regional Training Centres der Organisation in Bischkek auf.
18.4.2019	Nachdem die bisherige und die neugebildete SDPK unter gleichem Namen, aber mit verschiedenen Vorsitzenden, die offizielle Registrierung beantragt haben, registriert das Justizministerium die Partei unter dem Vorsitz Abdrachmanows und nicht unter Atambajew.

18.4.2019	Parlamentssprecher Dastanbek Dschumabekow trifft am Rande der 49. Sitzung des Rates der Parlamentarischen Versammlung der GUS-Staaten in Sankt Petersburg mit der neuen Vorsitzenden der Oberen Kammer des kasachstanischen Parlamentes, Dariga Nasarbijewa, zu Gesprächen zusammen.
19.4.2019	Premierminister Abylgasijew empfängt den Generaldirektor der SINO-Pipeline International Company Ltd., Men Fantschu, zu Gesprächen über den Bau der Erdgaspipeline von China nach Zentralasien, die im Gebiet Osch ca. 200 km durch kirgisches Staatsgebiet führen soll.
19.4.2019	Außenminister Aidarbekow empfängt in Bischkek den französischen Staatssekretär im Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten, Jean-Baptiste Lemoyne, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.

Tadschikistan

16.2.2019	Die oppositionelle Website Achbor meldet, dass Rachmatullo Barotow, ein ehemaliger Führer der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT), der aus Russland ausgewiesen und in Tadschikistan festgenommen worden war, sich in Freiheit befindet.
16.2.2019	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass Tadschikistan die Anfang Januar aus Sicherheitsgründen gesperrte Brücke über den Pjandsch zwischen dem tadschikischen Bezirk Schamsiddin Schochin (Gebiet Chatlon) und dem afghanischen Chochon wieder geöffnet hat. Die Brücke ist im Winter der einzige Versorgungsweg für die afghanischen Grenzdörfer am Pjandsch.
18.2.2019	Die Washington Post veröffentlicht eine Reportage mit Fotos einer mit chinesischen Hoheitssymbolen gekennzeichneten Militärbasis im Bezirk Murgab (Autonomes Gebiet Berg-Badachaschan, GBAO), unweit der Grenze zu Afghanistan. Das Verteidigungsministerium in Duschanbe bestreitet, dass es auf tadschikischem Staatsgebiet chinesische Militärbasen gibt.
20.2.2019	Präsident Emomali Rachmon fordert die Medien des Landes auf, nicht Musikclips mit Lobeshymnen über ihn zu senden, sondern über die Schönheit des Landes und die Verdienste seiner Bürger zu berichten.
20.2.2019	Der Vorsitzende der exiloppositionellen Bewegung »Reformen und Entwicklung Tadschikistans«, Scharofiddin Gadojew, wurde nach offizieller Darstellung nach seiner freiwilligen Rückkehr aus dem Exil am 20.2.2019 im Haus seiner Familie verhaftet. Oppositionelle Websites berichten dagegen, dass Gadojew, der zu den Mitbegründern der Gruppe 24 gehört, in Moskau verhaftet und zwangsweise nach Tadschikistan gebracht wurde. Gadojew, der in den Niederlanden politisches Asyl hat, war zu Gesprächen mit Vertretern des Sicherheitsrates der RF nach Moskau gereist.
22.2.2019	Die russische Nachrichtenagentur TASS berichtet, dass in Petersburg ein tadschikischer Arbeitsmigrant verhaftet wurde, der im Internet den Terroranschlag auf die Metro der Stadt im April 2017 gerechtfertigt hatte.
24.2.2019	Vier internationale Menschenrechtsorganisationen (HRW, Norwegisches Helsinki-Komitee, Assoziation Menschenrechte in Zentralasien und Assoziation der Migranten aus Zentralasien in Europa) beschuldigen die russischen und tadschikischen Geheimdienste der illegalen und gewaltsamen Verbringung des Exiloppositionellen Gadojew von Moskau nach Tadschikistan.
25.2.2019	Nach Angaben von Rosstat bildeten Migranten aus Tadschikistan mit 31.000 Personen 2018 erstmals die größte Gruppe der legalen Einwanderer nach Russland, gefolgt von Immigranten aus Kasachstan und der bislang führenden Ukraine. Die Gesamtzahl der Einwanderer ist 2018 um 4 % auf ca. 566.000 zurückgegangen.
25.2.2019	Die russische Nachrichtenagentur Interfax berichtet, dass das Verteidigungsministerium der RF Tadschikistan militärische Güter zur Überwachung seines Luftraums im Wert von 9 Mio. US-Dollar übergeben hat.
25.2.2019	Die oppositionelle Website Achbor berichtet, dass sieben ehemalige Mitglieder der oppositionellen Gruppe 24 an das Oberste Gericht appelliert haben, ihre Organisation von der schwarzen Liste der Extremisten zu streichen und ihr Verbot zu überdenken.
26.2.2019	In Duschanbe findet ein reguläres Treffen der Chefs der Grenztruppen der zentralasiatischen GUS-Staaten statt, an dem Vertreter Kasachstans, Kirgistans, Usbekistans, Turkmenistans, Tadschikistans, Russlands und Afghanistans teilnehmen. Gegenstand der Gespräche ist eine aktivere Zusammenarbeit zur Erhöhung der Sicherheit der Grenzen.
26.2.2019	Der Kommandierende des Grenzdienstes, Radschabali Rachmonali, äußert seine Besorgnis darüber, dass in den nördlichen, an Tadschikistan grenzenden Provinzen Afghanistans mehr als 6.000 ausländische Kämpfer terroristischer Vereinigungen zusammengezogen wurden.

26.2.2019	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass der Viehhirte, der am 1.1.2019 von afghanischen Drogenschmugglern aus dem Bezirk Schamsiddin Schochin entführt worden war, im Rahmen einer Spezialoperation befreit wurde und in seine Heimat zurückgekehrt ist.
1.3.2019	Eine Gruppe von EU-Spezialisten führt im Staatlichen Komitee für Investitionen und die Verwaltung des Staatseigentums Gespräche über Möglichkeiten eines Beitritts Tadschikistans zum GSP+ System. Als Bedingung für die zollfreie Einfuhr tadschikischer Produkte werden von EU-Seite die Beachtung der Menschenrechte, Arbeits- und Umweltschutz sowie eine effektive Verwaltung genannt.
2.3.2019	Die oppositionelle Website Achbor meldet, dass der von Sicherheitskräften aus Russland nach Tadschikistan entführte Gadojew in der Nacht nach Frankfurt ausfliegen konnte, wo er von deutschen Sicherheitskräften in Empfang genommen worden sei.
2.3.2019	Zwischen dem tadschikischen Hissor (Bezirke unter republikanischer Verwaltung) und dem usbekischen Usun (Gebiet Surchandarja) wird in Gegenwart der Kommandierenden der Grenztruppen beider Staaten, Rachmonali und Ruslan Mirsajew, feierlich der Grenzübergang Babatag wieder geöffnet. Der seit 25 Jahren geschlossene Übergang kann nur von tadschikischen und usbekischen Staatsbürgern genutzt werden.
4.3.2019	Präsident Rachmon schickt den bisherigen Sekretär des Sicherheitsrates, Abdurachim Kachcharow, in Rente, Nachfolger wird der bisherige Vertreter des Präsidenten im Parlament, Machmadali Watansoda. Dessen Amt wird von Sarif Alisoda übernommen. Umed Bobosoda wird von Rachmon zum neuen Menschenrechtsbeauftragten Tadschikistans ernannt. Er wird damit Nachfolger von Sarif Alisoda, der das Amt zehn Jahr lang innehatte.
4.3.2019	Das Gebietsparlament von GBAO wählt einstimmig den schon vor einigen Monaten zum geschäftsführenden Leiter ernannten Jodgor Fajsow zum Vorsitzenden des Autonomen Gebietes.
5.3.2019	Ein Gericht in Tursunsade (Bezirke unter republikanischer Verwaltung) verurteilt einen 23-jährigen Bewohner der Stadt zu einer 12-jährigen Freiheitsstrafe wegen des Versuches, sich dem IS anzuschließen. Der Mann, der als Arbeitsmigrant in Moskau mit den Ideen des IS in Kontakt gekommen sein soll, war im Dezember 2018 bei dem Versuch, die türkisch-syrische Grenzen zu überqueren von türkischen Sicherheitskräften festgenommen und nach Tadschikistan ausgeliefert worden.
6.3.2019	Nuriddin Said, Minister für Bildung und Wissenschaft, hat auf private Kosten in seinem Heimatort Sangtuda (Gebiet Chatlon) eine Schule und einen Kindergarten bauen lassen. Der Ausbau einer Straße des Ortes ist noch in Arbeit, melden mehrere Medien.
13.3.2019	Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Bewohnern der tadschikischen Enklave Woruch und des sie umgebenden kirgisischen Gebietes Batken kommt ein Mann ums Leben, viele werden verletzt. Anlass der Konflikte ist der seit Jahren umstrittene Bau einer Umgehungsstraße um die Enklave durch Kirgisen in einem noch nicht delimitierten Grenzabschnitt. Bisher sind erst 520 km der mehr als 970 km langen Grenze zwischen beiden Staaten delimitiert.
13.3.2019	Der Vorsitzende von GBAO, Fajsow, wendet sich über die sozialen Netzwerke an aus dem Gebiet stammende ins Ausland emigrierte Bewohner mit der Bitte um Unterstützung bei der Entwicklung des Gebietes.
14.3.2019	Asia-Plus berichtet, dass bereits seit zwei Wochen in den Gebieten Tadschikistans nachts von null bis sechs Uhr der Strom abgestellt sei, in Dörfern und einzelnen Stadtteilen von Duschanbe teilweise auch tagsüber. Die staatliche Elektrizitätsgesellschaft Barki Totschik erklärt dies mit Reparaturarbeiten, Überlastung der Infrastruktur und Wassermangel im Nurek-Stausee.
14.3.2019	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass ein in Deutschland als politischer Flüchtling lebender Tadschike erklärt habe, er sei vom Staatlichen Komitee für nationale Sicherheit (GKNB) Tadschikistans nach Europa geschickt worden, um Informationen über die PIWT zu sammeln. Der GKNB bestreitet dies.
15.3.2019	Der Vorsitzende von GBAO, Fajsow, dementiert gegenüber dem tadschikischen Dienst von RFE/RL Berichte über eine chinesische Militärbasis in Berg-Badachschan.
15.3.2019	RFE/RL berichtet, dass die Mutter des bei dem Terroranschlag am 29.7.2018 im Bezirk Dangara (Gebiet Chatlon) ermordeten amerikanischen Radfahrers Jay Austin bei einem Treffen mit dem tadschikischen Botschafter in den USA, Farhod Salim, eine finanzielle Kompensation für den Verlust gefordert und eine entsprechende Klage in Aussicht gestellt hat.

15.3.2019	Wie am Vortag von den Präsidenten beider Staaten telefonisch vereinbart, beraten im kirgisischen Aksaj (Gebiet Batken) die Vizepremier und die Innenminister Tadschikistans und Kirgistans (Asim Ibrochim und Dschenisch Rasakow sowie Ramason Rachimsoda und Kaschkar Duschunschalijew) über Möglichkeiten zur Stabilisierung der Situation an den Grenzen der Enklave Woruch. Zuvor war bekannt geworden, dass bei einer neuen Auseinandersetzung am 14.3.2019 ein weiterer Tadschike ums Leben gekommen war.
16.3.2019	Die Kommunistische Partei Tadschikistans teilt mit, dass der letzte Sekretär der KP der Tadschikischen SSR, Abdurachman Dadabajew, im Alter von 88 Jahren in Moskau gestorben ist.
18.3.2019	In Chodschi Alo (Bezirk Chorkuch) enden die dreitägigen Gespräche zur Lösung des Grenzkonfliktes mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Vereinbarung, nach der die Verhandlungen zur Delimitierung der gemeinsamen Grenze intensiviert werden sollen, der 2014 vereinbarte Bau der Umgehungsstraße um Woruch (Aksai-Tamdyk) fortgesetzt werden darf und die Schuldigen auf beiden Seiten ermittelt und bestraft werden sollen. Die Grenze im umstrittenen Abschnitt ist wieder offen.
18.3.2019	Nach Angaben der russischen Zentralbank wurden 2018 von Privatpersonen 2,52 Mrd. US-Dollar aus Russland nach Tadschikistan überwiesen, 17 Mio. US-Dollar mehr als im Vorjahr.
20.3.2019	Neun internationale Menschenrechtsorganisationen, darunter HRW, Freedom House und das Norwegische Helsinki-Komitee, rufen die tadschikische Regierung in einer gemeinsamen Erklärung dazu auf, den stellvertretenden Vorsitzenden der PIWT, Machmadali Chait, unverzüglich frei zu lassen.
22.3.2019	Die oppositionelle Website Achbor meldet unter Berufung auf Menschenrechtler, dass einer der Führer der verbotenen PIWT, Sattor Karimow (Machdumi Abdusattor), wegen seiner Weigerung in einem Video aufzutreten, in dem er sein Verhalten bedauern, die PIWT verurteilen und seine Anhänger zur Rückkehr aus dem Ausland auffordern sollte, zur Strafe in den Karzer verlegt wurde, obwohl er zwei Tage zuvor operiert worden war. Karimow war 2015 zu einer 28-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden.
28.3.2019	Außenminister Sirodschiddin Muchriddin berichtet auf einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates in New York zum Thema Kampf gegen die Finanzierung des Terrorismus von den Maßnahmen Tadschikistans gegen internationalen Terrorismus, transnationale organisierte Kriminalität und Drogenhandel. Am Vortag war Muchriddin mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres zu Gesprächen u. a. über die Situation in Afghanistan zusammengetroffen.
30.3.2019	Die afghanische Nachrichtenagentur Ariana meldet, dass die Taliban den an Tadschikistan grenzenden afghanischen Bezirk Arganj Khwa erobert haben.
31.3.2019	Neun Tadschiken (plus ein deutscher und ein türkischer Staatsbürger), die im Zusammenhang mit der Irrfahrt eines tadschikischen Staatsbürgers durch eine Fußgängerzone in Essen am 29.4. in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg festgenommen worden waren, mussten nach Angaben der Staatsanwaltschaft wieder frei gelassen werden. Gegen mehrere von ihnen wird aber weiter ermittelt.
2.4.2019	Die Direktorin des tadschikischen Programmes von RFE/RL, Sodschida Mirso (Dschachfarowa) wird entlassen, nachdem sich der Verdacht ihrer Zusammenarbeit mit dem Regime Rachmon erhärtet hat. Sie soll einen Deal mit der Regierung gemacht haben, nach dem als Gegenleistung für die Nichtblockade der RFE/RL-Website weniger Kritik geübt und problematische Themen gemieden werden. Der Direktor des zentralasiatischen Programms von Radio Svoboda, Abbas Javadi, wird in den Ruhestand versetzt.
2.4.2019	Ein Gericht im Gebiet Sogd verurteilt vier wegen der Bildung einer Zelle der extremistischen Gruppe Dschamaat Ansarullah Verurteilte wegen des gleichen Vergehens in einer Strafkolonie der Stadt Chudschand zu weiteren 20 Jahren Haft.
3.4.2019	In usbekischen Termes (Gebiet Surchandarja) findet unter Vorsitz von Premier Kochir Rasuldsoda und seinem usbekischen Amtskollegen Abdulla Aripow eine Sitzung der Zwischenregierungskommission beider Länder statt, an der auch mehrere Minister teilnehmen.
3.4.2019	Bei einer außerordentlichen Versammlung im niederländischen Eindhoven wird Scharofiddin Gadojew wieder zum Führer der oppositionellen Bewegung »Reformen und Entwicklung« gewählt.
4.4.2019	Im russischen Jekaterinburg erliegt ein 47-jähriger tadschikischer Arbeitsmigrant während seiner Abschiebung einem Herzinfarkt.
4.4.2019	Die Ministerin für Arbeit, Migration und Beschäftigung, Sumangul Tagojsoda, erklärt während ihres Auftretts auf der Sitzung des UN-Komitees für den Schutz der Rechte von Arbeitsmigranten in Genf, dass aktuell mehr als 200.000 tadschikische Staatsbürger mit einem Einreiseverbot in die RF belegt sind und äußert die Hoffnung, dass die Vorschläge ihres Ministeriums zur Lösung dieses Problems in Russland positiv aufgenommen werden.

5.4.2019	Der Sprecher der unteren Kammer des Parlamentes, Schukurdschon Suchurow, trifft in Katar ein, wo er Gespräche über Investitionen in Tadschikistan und die Situation der Arbeitsmigranten führen und an der 40. Versammlung der Interparlamentarischen Union teilnehmen wird.
4.4.2019	In Duschanbe beginnt eine reguläre Sitzung der zwischenstaatlichen Kommission zur Demarkation und Delimitierung der Grenze zwischen Tadschikistan und Kirgistan.
5.4.2019	Asia-Plus meldet unter Berufung auf eine nicht namentlich genannte Quelle in der Regierung, dass die für April geplante Inbetriebnahme des zweiten Generators des Wasserkraftwerkes von Rogun auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Gleichzeitig wird von einem Stillstand des ersten Generators für Reparaturen berichtet.
8.4.2019	Mit Kosidawlat Koimodow, bislang Botschafter Tadschikistans in Belarus, wird erstmals ein tadschikischer Staatsbürger zum Leiter des Aga Khan Development Network in Tadschikistan bestimmt.
9.4.2019	Verteidigungsminister Scherali Mirso führt während seines Pakistanbesuches in Islamabad Gespräche über Fragen der militärischen Zusammenarbeit mit seinem Amtskollegen Parviz Hataq und Generalstabschef Zubair Mahmoud Khayat. Am 11.4.2019 sind Treffen mit Präsident Arif Alvi und Außenminister Shah Mahmood Qureshi vorgesehen.
9.4.2019	Naimdschon Samejew, der ehemalige Chef der PIWT im Gebiet Sogd, wird von einem Gericht in Isfara wegen illegalen Waffenbesitzes, Organisation einer kriminellen Vereinigung und Aufruf zu gewaltsamer Veränderung des verfassungsmäßigen Aufbaus zu 15 Jahren Haft verurteilt. Samejew war am 1.12.2018 in Grosnyj verhaftet und am 4.12.2018 an Tadschikistan ausgeliefert worden.
11.4.2019	Im Gebiet Sogd werden zwei Männer wegen Mitgliedschaft in der verbotenen Bewegung der Salafiten zu sechs Jahren, bzw. 14 Monaten, Freiheitsentzug verurteilt. Gleichzeitig wird bekannt, dass drei weitere Männer vom gleichen Gericht wegen Mitgliedschaft in der Islamischen Partei Turkestans (ehemals Islamische Bewegung Usbekistans) zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.
12.4.2019	Im Fragile States Index 2019 nimmt Tadschikistan mit dem 65. (von insgesamt 178 Staaten) einen um zwei Plätze besseren Rang ein als im Vorjahr. Es ist dennoch der schlechteste im gesamten postsowjetischen Raum.
14.4.2019	Bei einem Schusswechsel zwischen tadschikischen Grenzern und afghanischen Schmugglern bei Sebandi (Bezirk Schamsiddin Schochin) werden zwei Schmuggler getötet, ein weiterer und ein Grenzer verletzt sowie 60 kg Drogen beschlagnahmt.
15.4.2019	Fergana Agency meldet, dass im europäischen Exil lebende tadschikische Journalisten und Blogger sich in der »Organisation Europäischer Kongress tadschikischer Journalisten und Blogger« zusammengeschlossen haben. Vorsitzender ist Sajidmuchiddin Dustmuchammadijon.
17.4.2019	Präsident Rachmon erörtert bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin in Moskau vor allem Möglichkeiten einer Verbesserung der Situation tadschikischer Arbeitsmigranten. Beide Staatsoberhäupter unterzeichnen eine Reihe von Verträgen, u. a. über die Entsendung von Arbeitsmigranten. Am Vortag hatte Rachmon bereits mit dem russischen Premier Dmitrij Medwedjew verschiedene Aspekte der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie Fragen der Verstärkung der Kooperation in Bildung und Sicherheit erörtert und im russischen Parlament für eine Amnestie tadschikischer Arbeitsmigranten geworben.
17.4.2019	Im usbekischen Samarkand endet eine weitere Sitzung der tadschikisch-usbekischen Kommission zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze.
17.4.2019	Im Vorfeld der 49. Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung der GUS im russischen Sankt Petersburg am 19.4.2019 führt der Sprecher der unteren Kammer des Parlamentes, Suchurow, Gespräche mit Vertretern anderer GUS-Staaten.
18.4.2019	Im neuesten Ranking der Pressefreiheit von Reporters without Borders nimmt Tadschikistan den 161. Rang (von 180) ein und steht damit 12. Plätze schlechter als im Vorjahr. Als Gründe werden die Blockierung von Websites und sozialen Netzwerken, die Schließung der letzten unabhängigen Zeitschriften und die Verurteilung von Chajrullo Mirsaidow genannt.
18.4.2019	Präsident Rachmon empfängt den französischen Staatssekretär im Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten, Jean-Baptiste Lemoine, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit und der Kooperation mit der EU.
19.4.2019	In Düsseldorf werden zwei politische Flüchtlinge aus Tadschikistan wegen des Verdachts der Zusammenarbeit mit einer extremistischen religiösen Vereinigung festgenommen.

Turkmenistan

17.2.2019	Die turkmenische Fluggesellschaft Turkmenistan Airlines schließt einen Vertrag mit Lufthansa Consulting, um die von der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) beanstandeten Mängel bei der Einhaltung internationaler Standards in der Luftsicherheit beheben zu lassen.
18.2.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass in Istanbul 22 Frauen, darunter vor allem turkmenische Staatsbürgerinnen, wegen des Verdachts der Prostitution sowie 20 Männer wegen des Vorwurfs der Zwangsprostitution festgenommen wurden.
18.2.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass die Polizei Fahrzeugkontrollen in ganz Aschgabat durchführe, bei denen vor allem Frauen am Steuer angehalten werden. In mehreren Fällen sei den Frauen ohne Angabe von Gründen der Führerschein entzogen worden.
21.2.2019	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow und sein afghanischer Amtskollege Ashraf Ghani unterzeichnen im Anschluss an Gespräche über die bilaterale Zusammenarbeit in Aschgabat ein Abkommen über strategische Kooperation.
26.2.2019	In Aschgabat führt die Polizei Razzien in privaten Geschäften durch und beschlagnahmt Alkohol.
1.3.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass sämtliche Auslandsflüge aus Aschgabat für die nächsten Monate ausgebucht sind und viele Bürger sich über den Mangel an Flugtickets beschwert haben. Nach Minsk und Moskau soll es bis Dezember 2019 keine Tickets mehr geben. In Turkmenistan lassen sich Flugtickets nur an offiziellen Verkaufsstellen per Bargeldzahlung kaufen.
4.3.2019	Präsident Berdymuchammedow veröffentlicht ein weiteres Buch mit dem Titel »Das Pferd erweist Treue und bereitet Freude«, in dem es vorrangig um die Pferderasse der Achal-Tekkiner und ihre Zucht geht.
6.3.2019	Außenminister Raschid Meredow führt in Bukarest bilaterale Gespräche mit seinem rumänischen Amtskollegen Teodor Meleşcanu über die Perspektiven der Partnerschaft in den Bereichen Handel und Wirtschaft, politische Konsultationen, Kultur und Zusammenarbeit in internationalen Organisationen.
13.3.2019	Außenminister Meredow wird in Islamabad vom pakistanischen Präsidenten Arif Alvi und Premierminister Imran Khan zu politischen Beratungen empfangen. U. a. geht es um die Ausweitung der Wirtschaftspartnerschaft, die Umsetzung der Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien Gaspipeline (TAPI) sowie die Schaffung eines neuen Verkehrskorridors.
21.3.2019	Präsident Berdymuchammedow begnadigt anlässlich des Frühjahrsfestes Nouruz 2028 Gefangene.
21.3.2019	Fergana Agency berichtet, dass russischen Staatsbürgern, die jünger als 60 Jahre sind, keine turkmenischen Visa mehr ausgestellt werden. Verschiedene Reisebüros bestätigten Empfehlungen der turkmenischen Behörden, junge Russen, insbesondere Frauen, nicht ins Land zu lassen.
26.3.2019	Die amerikanische NGO Committee to Protect Journalists (CPJ) fordert Turkmenistan auf, das Reiseverbot gegen die Korrespondentin von Chronika Turkmenistana Soltan Achilowa unverzüglich aufzuheben und die systematische Schikanie von Journalisten einzustellen. Am 21.3.2019 hatte Reporter ohne Grenzen bereits die gleiche Forderung an die turkmenischen Behörden gestellt.
27.3.2019	Zum dritten Mal innerhalb von sechs Monaten empfängt Präsident Berdymuchammedow in Aschgabat Gazprom-Chef Aleksej Miller, um über die Zusammenarbeit im Energiesektor und eine mögliche Wiederaufnahme der Gaslieferungen nach Russland zu sprechen.
28.3.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass die Post seit dem Vortag keine Paketsendungen nach Russland mehr annehme. Die Zustellung von bereits auf dem Weg befindlichen Paketen soll sich stark verzögern.
30.3.2019	Chronika Turkmenistana berichtet, dass am 20.3.2019 türkische Bauarbeiter vor der Botschaft Turkmenistans in Ankara eine Kundgebung wegen ihrer von turkmenischen Firmen nicht bezahlten Löhne abgehalten haben.
31.3.2019	Es finden Wahlen für drei Parlamentsabgeordnete, 20 Mitglieder des Volksrates und 102 Mitglieder der lokalen Selbstverwaltung statt. Die Wahlbeteiligung soll mit 90 % für turkmenische Verhältnisse niedrig angegeben worden sein.
4.4.2019	Präsident Berdymuchammedow spricht als letzte Warnung einen strengen Tadel wegen mangelnder Pflichterfüllung gegenüber Innenminister Isgender Mulikow aus, weil er nicht der Aufforderung des Präsidenten gefolgt und energisch gegen Privattaxis vorgegangen ist.

5.4.2019	Die internationale Menschenrechtsorganisation Anti-Slavery International beklagt in einem neuen Bericht, dass Turkmenistan seine durch den Zwangseinsatz von Ärzten, Lehrern, Studenten und Soldaten produzierte Baumwolle über die Türkei auf dem Weltmarkt platzieren und damit jährlich mehr als 300 Mio. US-Dollar einnehmen kann.
5.4.2019	Außenminister Meredow nimmt an der Sitzung des Rates der Außenminister der GUS-Staaten in Moskau teil. Im Vorfeld war Meredow bereits mit seinem usbekischen Amtskollegen Abdulasis Kamilow zu Gesprächen über bilaterale und regionale Fragen zusammengetroffen. Der Warenumsatz zwischen Turkmenistan und Usbekistan ist 2018 im Vergleich zum Vorjahr um fast 70 % auf mehr als 302 Mio. US-Dollar gestiegen.
8.4.2019	Nach Angaben der oppositionellen tadschikischen Website Achbor hat Turkmenistan seit 27.3.2019 erneut den Transit von Gütern per LKW aus oder nach Tadschikistan über sein Staatsgebiet untersagt, an der Grenze haben sich bereits lange Schlangen gebildet. Im Februar hatte es bereits schon einmal ein solches Verbot gegeben. Gründe wurden und werden nicht genannt.
9.4.2019	Präsident Berdymuchammedow entlässt während einer Videokonferenz mit den Gouverneuren der fünf Gebiete des Landes und der Hauptstadt eine ganze Reihe von Bezirksvorsitzenden wegen schwerer Mängel bei ihrer Arbeit.
11.4.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass in zwei an Turkmenistan grenzenden Bezirken der afghanischen Provinz Badgis schon seit zwei Wochen erbitterte Kämpfe zwischen Taliban und Regierungstruppen stattfinden.
12.4.2019	In einem Bericht der The Risk Advisory Group erscheint Turkmenistan weltweit als das Land, in dem die Korruption das größte Problem ist – bei gleichzeitig fehlenden Informationen über die Korruption.
12.4.2019	Myrat Artykow wird von Präsident Berdymuchammedow zum Minister für Energie ernannt. Sein Vorgänger Tscharymyrat Purtschekow wird stellvertretender Premier für Bau, Energie und Dienstleistungen. Die Gouverneure von Daschogus und Lebap erhalten letzte Warnungen wegen schlechter Erfüllung ihrer Aufgaben. Der Chef der staatlichen Erdölgesellschaft Türkmennebit, Dowletdurdy Chadschijew, wird wegen zu langsamer Einführung neuer Technologien entlassen, übergangsweise übernimmt Dschaparguly Orasow seine Aufgaben.
15.4.2019	Mehrere Medien melden, dass Russland nach dreijähriger Unterbrechung wieder Gas aus Turkmenistan bezieht. Nach Angaben von Reuters soll Turkmenistan bis zum 1.6.2019 1.155 Mrd. m ³ Gas liefern.
15.4.2019	In Aschgabat findet ein Treffen der Leiter der OSZE-Missionen in Zentralasien statt, an dem auch Vertreter der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und der zentralasiatischen EU-Delegationen teilnehmen.
16.4.2019	Präsident Berdymuchammedow empfängt den Generalsekretär der OSZE, Thomas Greminger, der sich anlässlich des 20. Jahrestages der Eröffnung des Zentrums der Organisation in Aschgabat aufhält, zu Gesprächen über die Zusammenarbeit und die Schaffung neuer internationaler Transportrouten.
17.4.2019	Präsident Berdymuchammedow und sein südkoreanischer Amtskollege Moon Jae-in unterzeichnen nach bilateralen Gesprächen in Aschgabat mehrere Vereinbarungen über Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Kommunikationstechnologie und Kultur.
18.4.2019	Turkmenistan nimmt im neuesten Ranking der Pressefreiheit von Reporter without Borders erstmals den 180. und damit letzten Rang ein. Es liegt damit hinter den langjährigen Schlusslichtern Nordkorea und Eritrea.
19.4.2019	Nach tagelangen heftigen Regenfällen stehen schon seit zwei Wochen große Teile des Landes unter Wasser, auch die Hauptstadt Aschgabat ist betroffen. Neben großen Sachschäden werden schon jetzt auch Ernteauffälle beklagt.

Usbekistan

20.2.2019	Der stellvertretende WTO-Generalsekretär Alan Wolff führt in Taschkent Gespräche über einen möglichen Beitritt Usbekistans in die Organisation.
20.2.2019	Die UNESCO dementiert Gerüchte, dass Schachrisabs (Gebiet Kaschkadarja) von der Liste des Weltkulturerbes gestrichen werden solle. Die Altstadt war 2000 aufgenommen, 2016 nach dem Abriss historischer Gebäude aber auf die Liste der Orte, deren historisches Erbe in Gefahr ist, gesetzt worden.
20.2.2019	Präsident Schawkat Mirsijojew empfängt den Kommandeur des U.S. Central Command, General Joseph L. Votel, zu Gesprächen über eine mögliche Intensivierung der militärischen und militärtechnischen Zusammenarbeit beider Staaten.

21.2.2019	In Taschkent findet eine Konferenz der Generalstabschefs der Staaten Zentral- und Südasiens sowie der USA statt, auf der Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit zur Verbesserung der Sicherheitslage erörtert werden.
21.2.2019	Mehrere Medien berichten, dass am Morgen der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Gerichtes, Bachodir Dechkanow, aus noch nicht bekannten Gründen verhaftet wurde.
24.2.2019	Der Menschenrechtler Marat Sachidow stirbt in Israel, wo er sich zur medizinischen Behandlung aufhielt, im Alter von 78 Jahren. Sachidow war Generalsekretär der in Deutschland ansässigen Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte.
26.2.2019	Präsident Mirsijojew empfängt Alice Wells, U.S. Principal Deputy Assistant Secretary for the Bureau of South and Central Asian Affairs, die sich für die 7. politischen Konsultationen Usbekistan-USA in Taschkent aufhält, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit. Die USA haben ihre finanzielle Unterstützung für Usbekistan zwischen 2016 (10,1 Mio. US-Dollar) und 2018 (28,1 Mio. US-Dollar) fast verdreifacht.
27.2.2019	Präsident Mirsijojew erörtert in Taschkent mit dem Weltbank-Vizepräsidenten für Europa und Zentralasien, Cyril Muller, Möglichkeiten einer Vertiefung der Zusammenarbeit.
27.2.2019	Auf Anfrage von Gazeta.uz macht das Finanzministerium die Gehälter von Politikern bekannt. Demnach erhält ein Abgeordneter 1,56 Mio. Sum (186 US-Dollar), ein Minister 1,73 Mio. Sum (205 US-Dollar) und ein Gouverneur 1,9 Mio. Sum (226 US-Dollar). Dazu kommen aber noch diverse regelmäßige Aufschläge und Sondergratifikationen. Der durchschnittliche Monatslohn lag in Usbekistan 2018 nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik bei 1,8 Mio. Sum (218 US-Dollar).
1.3.2019	Außenminister Abdulusis Kamilow trifft am Rande der 46. Sitzung des Rates der Außenminister der Staaten der Organisation für islamische Zusammenarbeit (OIC) in Abu Dhabi mit dem Generalsekretär des Rates der turksprachigen Staaten, Bagdad Amrejew, und der indischen Außenministerin Sushma Swaraj zu Gesprächen zusammen.
2.3.2019	Zwischen Usun (Gebiet Surchandarja) und dem tadschikischen Hissor (Bezirke unter republikanischer Verwaltung) wird in Gegenwart der Kommandierenden der Grenztruppen beider Staaten, Ruslan Mirsajew und Radschabali Rachmonali, feierlich der Grenzübergang Babatag wieder geöffnet. Der seit 25 Jahren geschlossene Übergang kann nur von usbekischen und tadschikischen Staatsbürgern genutzt werden.
3.3.2019	Außenminister Kamilow und der Sonderbeauftragte für Afghanistan, Ismatulla Irgaschew, treffen in Doha (Katar) mit Vertretern der Taliban zu Gesprächen über eine Friedensregelung in Afghanistan und Möglichkeiten der ökonomischen Unterstützung zusammen.
4.3.2019	Präsident Mirsijojew unterzeichnet das Gesetz über die Ratifizierung der ILO-Konvention gegen Zwangsarbeit von 1976.
5.3.2019	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass die Tochter des ehemaligen Präsidenten Islam Karimow, Gulnara Karimowa, wegen mehrfacher Verletzung der Bestimmungen für ihren Hausarrest in ein Gefängnis verlegt wurde.
5.3.2019	Präsident Mirsijojew unterzeichnet ein Gesetz, mit dem die untere Kammer des Parlamentes mehr Einfluss auf die Bildung der Regierung und die Innen-, Außen- und Sozialpolitik bekommt.
6.3.2019	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet unter Berufung auf nicht namentlich genannte Quellen in der Regierung, dass am 4. und 5.3.2019 mehrere hochrangige Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft verhaftet worden seien, darunter der stellvertretende Generalstaatsanwalt Gairat Chidojatow.
6.3.2019	Die russische Gesundheitsministerin Weronika Skworzowa trifft zu Gesprächen im usbekischen Gesundheitsministerium in Taschkent ein.
6.3.2019	Außenminister Kamilow empfängt in Taschkent den Minister für auswärtige Angelegenheiten des Großherzogtums Luxemburg, Jean Asselborn, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit wie auch die in internationalen Organisationen.
7.3.2019	Das russische Telekommunikationsunternehmen MTS erklärt sich in einer schriftlichen Vereinbarung mit der US-Kommission für Wertpapiere und Börsen (SEC) und dem Justizministerium dazu bereit, eine Strafe von 850 Mio. US-Dollar wegen der Zahlung von Bestechungsgeldern für den Zugang auf den usbekischen Markt durch ihre usbekische Tochterfirma in den Jahren 2004–2012 zu zahlen. Die Firma soll in dieser Zeit in Usbekistan einen Gewinn von 2,4 Mrd. US-Dollar gemacht haben.

7.3.2019	Präsident Mirsijojew empfängt den russischen Minister für ökonomische Entwicklung und Co-Vorsitzenden der usbekisch-russischen Regierungskommission für ökonomische Zusammenarbeit, Maksim Oreschkin, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
8.3.2019	Die Tochter des ehemaligen Präsidenten Islam Karimow, Gulnara, und der ehemalige Generaldirektor der OOO Uzdunrobta, Bechsod Achmedow, werden in den USA wegen Annahme von Bestechungsgeldern und Geldwäsche im Umfang von 865 Mio. US-Dollar angeklagt.
11.3.2019	Ein schwedisches Gericht verurteilt mehrere Staatsbürger Usbekistans (und einen Kirgistaner) wegen Vorbereitung eines Terroranschlags und Finanzierung des IS zu Freiheitsstrafen von einem Monat bis zu sieben Jahren und anschließender Ausweisung.
12.3.2019	Der britische Guardian berichtet unter Berufung auf Imam Karimowa, die 20jährige Tochter Gulnas, die nach mehrjährigem Zwangsaufenthalt in Taschkent nach Großbritannien ausreisen konnte, Details über die Haftumstände der Tochter des ehemaligen Präsidenten.
13.3.2019	Im jährlichen Menschenrechtsbericht des U.S. State Department wird eine bedeutende Verbesserung der Situation der Menschenrechte in Usbekistan konstatiert.
14.3.2019	Im russischen Nowosibirsk wird ein usbekischer Staatsbürger wegen terroristischer Aktivitäten zu zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt.
14.3.2019	Beim usbekischen Parlament wird auf Vorschlag des Präsidenten ein Komitee für Rechtsfragen und den Kampf gegen die Korruption eingerichtet, das die Kontrolle des Parlaments über die Schaffung und Durchführung von Anti-Korruptionsprogrammen in den staatlichen Organen und die Vervollkommnung der Gesetzgebung zu diesem Thema übernehmen soll.
16.3.2019	Mit einem Dekret Präsident Mirsijojews wird die Zahl der Stellen im Strafverfolgungssystem Usbekistans erheblich verringert, im ganzen Land sollen fast 1.200 Staatsanwälte und zwei stellvertretende Generalstaatsanwälte entlassen werden.
18.3.2019	Nach Angaben der russischen Zentralbank haben physische Personen 2018 insgesamt 4,08 Mrd. US-Dollar aus Russland nach Usbekistan überwiesen, das sind ungefähr 100 Mio. US-Dollar mehr als im Vorjahr.
18.3.2019	Mit Ukas des Präsidenten wird ab 20.3.2019 die Visapflicht für Bürger der VAE bei Aufenthalten bis zu 30 Tagen aufgehoben.
19.3.2019	Das Telekommunikationsunternehmen Telia teilt mit, dass es seine außergerichtlich mit dem US-Justizministerium ausgehandelten Zahlungsverpflichtungen wegen Zahlung von Bestechungsgeldern für den Zugang zum usbekischen Markt komplett erfüllt hat und in dieser Angelegenheit nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden kann.
20.3.2019	Durch eine Amnestie Präsident Mirsijojews können 30 Häftlinge das Gefängnis verlassen, 13 wird die Haftzeit verkürzt. 23 der Betroffenen saßen wegen Tätigkeit für eine verbotene Organisation ein.
20.3.2019	Das Ministerium für Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen teilt mit, dass Südkorea in diesem Jahr 3.200 Arbeitsmigranten aus Usbekistan aufnimmt, das sind 100 mehr als im Vorjahr.
23.3.2019	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass der stellvertretende Vorsitzende der Geistlichen Verwaltung der Muslime Usbekistans, Dilschod Chaschimow, am 18.3.2019 im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Wirtschaftskriminalität seines Amtes enthoben und verhaftet wurde.
25.3.2019	Das US-Arbeitsministerium hat Baumwolle aus Usbekistan endgültig von der Liste der durch Zwangsarbeit produzierten Güter gestrichen. Damit können amerikanische Firmen ohne Beschränkungen in Usbekistan Baumwolle kaufen.
26.3.2019	Während seines Besuches in den VAE erörtert Präsident Mirsijojew mit dem Vize-Präsidenten und Premierminister der VAE, dem Emir von Dubai, Muhammad bin Raschid Al Maktum, Möglichkeiten einer Vertiefung der Zusammenarbeit. Am Vortag war Mirsijojew bereits mit dem Kronprinzen von Abu-Dhabi, Scheich Muhammad bin Zayed Al Nahyan, zusammengetroffen. Während des Besuches wurden Wirtschaftsvereinbarungen in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar unterzeichnet.
26.3.2019	Das Europäische Parlament fordert den Rat der Europäischen Union und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Federica Mogherini, auf, die Entwicklung der politischen Reformen und die Einhaltung der Menschenrechte und der Medienfreiheit in Usbekistan regelmäßig zu beobachten und im Dialog mit Taschkent zu fördern.
28.3.2019	Der Rat der Kommandierenden der Grenztruppen der GUS-Staaten beschließt auf seiner Sitzung in Taschkent Programme zur Zusammenarbeit und gemeinsame Sonderoperationen.

30.3.2019	Nach Angaben der Zentralbank betrug die Auslandsverschuldung Usbekistans am 1.1.2019 17,3 Mrd. US-Dollar und lag damit um 9,5% bzw. 1,5 Mrd. US-Dollar höher als ein Jahr zuvor.
31.3.2019	Außenminister Kamilow und der Sekretär des Sicherheitsrates, Wiktor Machmudow, führen während ihres Afghanistanbesuches in Kabul Gespräche mit Präsident Ashraf Ghani.
2.4.2019	Der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Peter Burian, und der EU-Sonderbotschafter für Afghanistan, Roland Kobia, führen Gespräche mit Vertretern des Senats insbesondere über die Vorbereitung eines Erweiterten Partnerschaftsabkommens (EPCA).
3.4.2019	Grégoire Mangeat, der Schweizer Anwalt Gulnara Karimowas, konnte seine Mandantin in einem Frauengefängnis im Gebiet Taschkent treffen. Nach seinen Angaben erhielt er keine Auskunft über die Dauer ihrer Haftstrafe.
2.4.2019	Der bisherige Gouverneur des Gebietes Surchandarja, Bachodir Pulatow, wird unmittelbar nachdem Premierminister Abdulla Aripow das Gebiet besucht hat entlassen. Übergangsweise übernimmt sein bisheriger Stellvertreter Tura Bobolow das Amt.
3.4.2019	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass Abror Chidirow, ein vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anerkannter aus Usbekistan stammender Flüchtling, der am 1.4.2019 im Vertrauen auf die Versprechen der neuen Macht und einen gerechten Prozess auf eigenen Wunsch nach Usbekistan zurückgekehrt ist, bei der Ankunft sofort wegen des Verdachtes von Extremismus und Terrorismus verhaftet wurde.
3.4.2019	In Termes (Gebiet Surchandarja) findet unter Vorsitz von Premier Aripow und seinem tadschikischen Amtskollegen Kochir Rasuldsoda eine Sitzung der Zwischenregierungskommission beider Länder statt, an der auch mehrere Minister teilnehmen.
3.4.2019	Außenminister Kamilow empfängt die neue UNDP-Vertreterin in Usbekistan, Matilda Dimovska.
5.4.2019	Außenminister Kamilow nimmt an der Sitzung des Rates der Außenminister der GUS-Staaten in Moskau teil. Im Vorfeld war Kamilow bereits mit seinem turkmenischen Amtskollegen Raschid Meredow zu Gesprächen über bilaterale und regionale Fragen zusammengetroffen. Der Warenumsatz zwischen Usbekistan und Turkmenistan ist 2018 im Vergleich zum Vorjahr um fast 70% auf mehr als 302 Mio. US-Dollar gestiegen.
5.4.2019	Nach einem Bericht des Usbekisch-deutschen Forums für Menschenrechte (UGF) wurden während der Baumwollernte 2018 viele Fälle von Erpressung beobachtet, bei denen Unternehmen gezwungen wurden, Mitarbeiter auf ihre Kosten zum bezahlten Ernteeinsatz zu schicken.
10.4.2019	Die Generalstaatsanwaltschaft weist die von Amnesty International zwei Tage zuvor in einem offenen Brief an Präsident Mirsijojew vorgebrachte Beschuldigung, dass der ehemalige Generalstaatsanwalt Raschidschon Kodirow gefoltert werde, zurück. Kodirow war nach 15-jähriger Amtszeit im Februar 2018 wegen des Verdachts von Korruption und Machtmissbrauch verhaftet worden; sein Prozess läuft seit drei Monaten.
10.4.2019	Der für den 12.4.2019 in Taschkent geplante 2. Summit der zentralasiatischen Staatsoberhäupter wird auf unbestimmte Zeit verschoben.
11.4.2019	Präsident Mirsijojew empfängt den Minister für Kabinettsangelegenheiten und Zukunftsfragen der VAE, Mohammed bin Abdullah Al Gergawi, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
11.4.2019	Außenminister Kamilow empfängt den U.S. Special Representative for Afghanistan Reconciliation, Zalmay Khalilzad, zu Gesprächen über Möglichkeiten der Förderung eines Friedensprozesses in dem Land.
12.4.2019	Die ältere Tochter Präsident Mirsijojews, Saida Mirsijojewa, wird zur stellvertretenden Direktorin der Agentur für Information und Massenkommunikation ernannt.
15.4.2019	Präsident Mirsijojew empfängt seinen kasachstanischen Amtskollegen Kasym-Dschormat Tokajew, der sich zu seinem ersten Besuch im neuen Amt in Taschkent aufhält, zu Gesprächen vor allem über Fragen der Sicherheit und des Handels. Es werde eine Reihe von Vereinbarungen, u. a. über die Rechte von Arbeitsmigranten und die Weiterentwicklung der militärischen Zusammenarbeit unterzeichnet. Beide Staatsoberhäupter eröffnen das Jahr Kasachstans in Usbekistan.
16.4.2019	Der Minister for Europe and the Americas at the Foreign & Commonwealth Office of Great Britain, Alan Duncan, trifft zu Gesprächen in Taschkent ein.
17.4.2019	In der Nacht kommen vier usbekische Arbeitsmigranten bei einem Brand auf einer Baustelle im russischen Jekaterinburg durch Rauchvergiftung ums Leben.
17.4.2019	Der OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Harlem Désir, fordert in einer öffentlichen Erklärung die usbekische Führung auf, die Beschränkung der Arbeit der Massenmedien zu beenden und den Zugang zu Informationen sicherzustellen.

17.4.2019	Außenminister Kamilow empfängt den französischen Staatssekretär im Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten, Jean-Baptiste Lemoyne, zu Gesprächen über den Stand der Zusammenarbeit. Beide Seiten vereinbaren eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich von Bildung und Wissenschaft.
18.4.2019	Im neuesten Ranking der Pressefreiheit von Reporters without Borders nimmt Usbekistan den 160. (von 180) und damit einen um fünf Plätze besseren Rang als im Vorjahr ein.
19.4.2019	Präsident Mirsijojew empfängt seinen südkoreanischen Amtskollegen Moon Jae-in zu Gesprächen vor allem über die ökonomische Zusammenarbeit beider Staaten. Beide Seiten unterzeichnen eine Deklaration über strategische Zusammenarbeit. Am Rande des Besuches werden nach Angaben der Präsidentschaftsverwaltung Verträge im Wert von 12 Mrd. US-Dollar unterzeichnet.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Dr. Beate Eschment (verantwortlich)
 Redaktionsassistentin: Ann-Sophie Gast
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de



Kostenlose Länder-Analysen auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

